

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

111.

SITZUNG

4-4-1963

Presidente: PUPP

Vicepresidente: ROSA

IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 97:

**« Stati di previsione dell'entrata e della
spesa della Regione Trentino-Alto Adige
per l'esercizio finanziario 1963 »**

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 97:

**« Voranschläge der Einnahmen und
Ausgaben der Region Trentino-Tiroler
Etschland für das Finanzjahr 1963 »**

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 10.25.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 1.4.1963.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Comunico che è pervenuto un invito a partecipare al Congresso internazionale dell'economia collettiva a Roma nei giorni 9 e 10, ma in quei giorni ci sarà seduta di Consiglio; perciò, anche se gli argomenti trattati rivestono un notevole interesse, purtroppo non potremo partecipare.

Riprendiamo la discussione generale sul disegno di legge n. 97: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1963 ».

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.):

Habe den 74 Seiten langen Bericht mit Beilagen des Präsidenten des Regionalausschusses aufmerksam studiert und meinerseits einen Bericht verfasst, den man parlamentarisch etwa als Minderheitsbericht bezeichnen könnte: es ist die Stellungnahme eines Vertreters einer nationalen Minderheit sowohl im Staate als in der Region, der sowohl die Leistungen als auch das Versagen der Region besonders was die Interessen der auch in der Region eine Minderheit darstellenden deutschen und ladinischen Volksgruppen betrifft, kurz aufzeigt.

Ein solcher Bericht erscheint mir schon deswegen zweckmässig, weil die erwähnten Minderheitsvolksgruppen in der Region nicht an der Regionalregierung teilnehmen. Die Vertreter dieser Minderheiten sind anfangs 1959 aus Protest aus dieser Regionalregierung ausgeschieden und haben bis auf heute nicht mehr daran teilgenommen. Deswegen kann seit 4 Jahren die grundlegende verfassungsrechtliche Norm des Art. 30 des Regionalstatuts, wonach der Regionalausschuss nach dem Verhältnis der im Regionalrat vertretenen Sprachgruppen zusammengesetzt sein muss, nicht eingehalten werden. Die Begründung zur Nichtteilnahme am Regionalausschuss bezieht sich nicht auf einzelne Massnahmen des Regionalausschusses und besteht daher nicht im Versuch einer Min-

derheit der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen, sondern darauf, dass das derzeitige Regionalstatut nicht geeignet ist, eine echte Selbstregierung der Provinz Bozen hinsichtlich der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zu gewährleisten. Diese Bestreikung des Regionalausschusses hat sich als das verfassungsrechtliche zielführendste demokratische Mittel erwiesen, um eine verfassungsrechtliche Änderung, die nunmehr unterwegs ist, herbeizuführen.

Was die nunmehr öfters erfolgende Delegation an die Provinzen auf Grund des Art. 14 der Ausübung von Verwaltungsfunktionen betrifft, kann dieselbe nicht als Verwirklichung etwa einer autonomen Verwaltung angesehen werden. Gemäss Urteil des Verfassungsgerichtshofes wohnt dieser Delegation das hierarchische Prinzip inne, daher ist die Ausübung der delegierten Funktionen dem Weisungs- und Kontrollrecht der Region unterworfen, wobei die Region anstelle der delegierten Provinz die Entscheidung an sich ziehen oder auf Grund eines Rekurses die von der Provinz getroffene Entscheidung abändern kann. Im übrigen können die Delegierungsgesetze jederzeit widerrufen werden. Daraus folgt, dass diese Delegation nicht die Ausübung einer autonomen Exekutivgewalt im Sinne des Pariser Vertrages darstellt. Es sei noch vermerkt, dass eine Delegation ständiger behördlicher Funktionen bis jetzt nur erfolgt ist hinsichtlich der nicht vom Staate vorzunehmenden Enteignungen, sowie auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs, einschliesslich Schutzhütten und Camping-Plätze, des Schutzes der Alpenflora und der technischen Kontrolle über öffentliche nicht vom Staate subventionierte Arbeiten. Alle übrigen Delegierungsgesetze betreffen die Gewährung von Subventionen und sind zum grössten Teil zeitlich beschränkt. Es ist keine Delegation

erfolgt auf Grund welcher bestehende regionale Ämter oder Dienste aufgelöst und deren Personal von der Provinz übernommen werden konnte.

Wenn die Südtiroler Vertreter im Regionalrat solchen Gesetzen zustimmen, welche im Rahmen des geltenden Regionalstatutes die wirtschaftliche Entwicklung fördern und eine wie immer geartete Dezentralisierung in der Ausübung der Verwaltungsfunktionen vorsehen, tun sie es im Bewusstsein, eine Pflicht zu erfüllen, solange dieses Statut in Kraft ist, ohne damit die notwendigen Änderungen des Statutes hinfällig zu machen, weil erwiesenermassen auf Grund des bestehenden Statutes eine autonome Exekutivgewalt auf den Sachgebieten in denen die Region die Gesetzgebung hat, nicht begründet werden kann.

Der Präsident des Regionalausschusses bezieht sich in seinem Bericht hauptsächlich auf die Programmerklärungen vor dem Regionalrat vom 11.5.1961, zu Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode.

Nach dem Ausscheiden des Liberalen aus dem Regionalausschuss wurden am 20.4 und 11.5.1962 neue Programmerklärungen abgegeben, welche für unsere Beurteilung der Tätigkeit des Regionalausschusses nicht minder massgeblich sind. In diesen Programmerklärungen wurde die Verteidigung der Autonomie im Rahmen des gegebenen Statutes und die Verwirklichung einer wesentlichen Gerechtigkeit zwischen den Sprachgruppen besonders betont, mehr als es in der neuen Programmerklärung 1963 der Fall ist. In der Erklärung vom 20.4.1962 stehen unter anderem die Sätze:

— « Der Regionalausschuss wird, soweit es von ihm abhängt, die Verstärkung und Entfaltung der Provinz-Autonomie fördern.

- Der Regionalausschuss wird in Durchführung des Art. 56 des Statutes einen Gesetzentwurf einbringen, in welchem hinsichtlich des Gemeindepersonals, einschliesslich der Gemeindesekretäre, die örtliche Gewalt anstelle der Zentralgewalt gesetzt wird.
- Die Region wird neue Normen für die Verwirklichung des Art. 6 der Verfassung und Art. 2 des Regionalstatutes über den Schutz der Sprachminderheiten herausbringen oder verlangen.
- Die Region wird alles tun, damit der Verwaltungsgerichtshof gemäss dem im Votumsgesetz des Regionalrates enthaltenen Grundsätzen errichtet werde.
- Hinsichtlich Energie aus Wasserkraft wird die Region die Reform der Art. 10 und 63 des Regionalstatutes, auch was die Abgaben an die Anrainer-Gemeinden betrifft, betreiben, um endgültig alle regionalen Zuständigkeiten auf diesem Sachgebiet zu übernehmen.
- Die Region wird ab 1963 gemäss Art. 70 des Regionalstatutes den Provinzen die Zahlung der Zinsen für aufgenommene Investitionsdarlehn erleichtern und darüberhinaus weitere Mittel für die Förderung der wirtschaftlich sozialen Entwicklung zur Verfügung stellen.
- Alle mit der Anwendung des Art. 73 hinsichtlich getrennter Abstimmung über den Regionalhaushalt zusammenhängenden Probleme sollen überprüft und eine endgültige zufriedenstellende Lösung gefunden werden ».

Finanzwesen und Gemeindeautonomie

Auf Grund der Art. 69 und 70 des Regionalstatutes hat die Region anstelle des Staa-

tes die Verantwortung auch hinsichtlich der Provinz- und Gemeindefinanzen übernommen, was wiederum mit dem Art. 60 des Regionalstatutes zusammenhängt, der einen jährlichen Finanzausgleich zwischen Staat und Region vorsieht. Die im Art. 60 vorgesehenen Steuereinnahmen des Staates, welche in wachsenden Prozentsätzen der Region zugewiesen werden können, umfassen auch die allgemeine Einnahmesteuer (*imposta generale entrata*) welche bisher jedoch nicht in der Zuteilung einbegriffen worden ist. Der diesbezügliche Ertrag in der Region stellt derzeit die einzige größere Reserve für die Angleichung der Regionaleinnahmen an die wachsenden Aufgaben der Region und der Provinzen sowie der Gemeinden dar. In diesem Zusammenhang habe ich anlässlich früherer aushaltsdebatten immer wieder auf den Jahresertrag der IGE in der Region hingewiesen, der im Jahre 1962 rund 7 Milliarden ausgemacht haben dürfte. Dazu kommt, daß diese Region, was die vom Staat verbuchten Einnahmen und Ausgaben betrifft, annähernd um denselben Betrag aktiv ist. In diesem Zusammenhang aktuell ist auch die Tatsache, daß gemäss dem Verfassungsgesetz vom 31.1.1963, das das Sonderstatut für die Region Friaul-Julisch-Venetien enthält, dieser Region 50% der in derselben eingehobenen allgemeinen Einnahmesteuer zugewiesen wird. Der Art. 60 des Regionalstatutes enthält diesbezüglich keine obere Grenze, jedenfalls würde die Zuweisung von 50% eine Mehreinnahme von 3,5 Milliarden ausmachen. Wozu diese Mehreinnahme? Gemäss dem ersten Absatz des Art. 70 muß die Region Sorge tragen, daß die Provinzen in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen. In der Programmklärung vom 20.4.1962 wurde wie schon erwähnt, der Wille kundgetan, dieser Verpflichtung tatsächlich nachzukommen. Es

ist jedoch bis auf heute bei dieser Willenskundgebung geblieben, denn die im Voranschlag 1963 vorgesehenen etwa 70 Millionen für jede Provinz auf fast 14 Milliarden Ausgaben der Region können offenbar damit nicht in Zusammenhang gebracht werden. Sind die Provinzen für die Erfüllung ihrer bestehenden Aufgaben auf die Finanzhilfe der Region angewiesen? Darüber gibt für die Provinz Bozen Auskunft der Bericht des der DC angehörenden Finanzassessors Ziller zum Voranschlag 1963, in welchem nachgewiesen wird, daß von rund 8 Milliarden Ausgaben 80% wiederkehrende Pflichtausgaben sind, wobei jedoch nur rund 60% durch ordentliche Einnahmen gedeckt werden, so daß der Provinz Bozen rund 1,5 Milliarden Einnahmen für den ordentlichen Haushalt fehlen, wobei die Mehreinnahme aus der Einkommensteuer für Betriebe, die hier Zweigniederlassungen und anderswo ihren Hauptsitz haben, gemäß jüngst in Kraft getretenem Staatsgesetz bereits berücksichtigt ist; ähnliches gilt für die Provinz Trient.

Die Provinzen Bozen und Trient sind seit Jahren gezwungen ihre Pflichtausgaben durch Aufnahme von Darlehen zu decken. Im Bericht des Finanzassessors Ziller heißt es: «Der Haushalt 1963 gleicht aus durch Aufnahme eines Darlehens von Lire 1,996 Milliarden; mit dem für 1962 vorgesehenem Darlehen von 2,235 Milliarden und der Restschuld aus den früheren Jahren von 1,670 Milliarden erreicht die Verschuldung der Provinz über 6 Milliarden mit einer Abzahlungsrate von 625 Millionen jährlich. Wenn es so weiter geht, wird in 2 bis 3 Jahren die Höchstverschuldungsgrenze erreicht ». Dieser Notlage kann auf verschiedene Weise abgeholfen werden, wobei jedoch auch auf den kommenden zusätzlichen Bedarf im Zusammenhang mit den noch zu übernehmenden autonomen Befugnissen, soweit sie nicht

von der Region auf die Provinz übergeleitet werden, Rücksicht zu nehmen ist. Hierher gehört die Verwirklichung der Schulautonomie, die Arbeitsvermittlung, das Sanitätswesen usw. Die Vertreter der Südtiroler Volkspartei im Regionalrat haben anlässlich der Haushaltsdebatte 1962 vorgeschlagen, daß die sich seit 1.1.1962 aus der Verdoppelung der Konzessionsgebühr für Grossableitungen ergebende Mehreinnahme von 790 Millionen Lire auf die Provinzen verteilt werde: dies wurde im Regionalrat abgelehnt. Am 27.6.1962 haben die Abgeordneten Benedikter, Dalsass, Kapfinger, Pupp und Wahlmüller ein Votumsgesetz eingebracht, wonach, die sich aus der Reform der Art. 10 und 63. des Regionalstatutes ergebende Abgabe von rund 4 Milliarden unmittelbar von den Provinzen eingehoben werden soll, was für den regionalen Haushalt lediglich eine Verminderung von rund 800 Millionen bedeuten würde, welcher Betrag wiederum durch Erhöhung der Beteiligung an der allgemeinen Einnahmesteuer wett gemacht werden könnte. Der mit diesem Votumsgesetz aufgezeigte Weg hätte den Vorteil, daß damit lediglich ein bereits bestehendes Recht der Region aufgewertet würde, ohne die Reserve der erwähnten allgemeinen Einnahmesteuer ernstlich anzutasten.

In diesem Regionalrat wurde schon des öfteren auf die Ungleichheit zwischen den beiden Provinzen hinsichtlich der Vermögensanlagen der Region hingewiesen. Aus einer Aufstellung des regionalen Finanzassessorates für den Zeitraum 1.1.1949 bis 31.8.1962, welche die Beteiligungen, die Obligationen und die Gebäude für Ämter, Wohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen sowie die regionalen Betriebe umfaßt, ergibt sich ein Mehreinsatz in der Provinz Trient von rund 0,5 Milliarde, wobei die Beteiligung am regionalen Kreditinstitut, an der Brennerautobahn sowie der neue

Regionalpalast in Trient (mit einem bisherigen Aufwand von 1,134 Milliarden) nicht einberechnet sind. Eine besondere Ungleichheit ergibt sich hinsichtlich des Aufwandes der Region, ausserhalb des Fonds für öffentliche Arbeiten, für Gebäude die der sozialen Fürsorge dienen: während in der Provinz Trient immer wieder einzelne Initiativen durch Sondergesetze bedacht werden, als letztes Beispiel die Zuwendung von 250 Millionen für ein Arbeitsinvalidenheim in Rovereto, kann die Provinzverwaltung von Bozen den an sie gestellten Anforderungen auf diesem Gebiet nicht nachkommen. In diesem Zusammenhang muss auf die unverständliche Behandlung des Kanonikus Gamper Werkes hingewiesen werden, welches mit einem 50%igen Regionalbeitrag von 107 Millionen Lire rechnete, statt dessen jedoch nur 27 Millionen bekommen hat. Andere Vorhaben, die aus Mangel an Mitteln hinter dem dringenden Bedarf zurückgeblieben sind, betreffen die Erweiterung des Jesuheimes in Giralan, den Bau eines Lehrmädchen- und Jungarbeiterinnenheimes in Gries, die Adaptierung des ehemaligen Hotels « Austria » zu einem Jungarbeiterheim, den Bau eines grösseren Säuglingsheimes und schliesslich der Bau einer Nervenheilanstalt für die Provinz Bozen. Die Region hat ja auf diesen Gebieten heute noch Gesetzgebungsgewalt und damit auch die Verpflichtung in finanzieller Hinsicht für den Fortschritt der entsprechenden Einrichtungen Sorge zu tragen. Der zweite Absatz des Art. 70 verpflichtet die Region Sorge zu tragen, auf dass die Gemeinden ihren Aufgaben finanziell nachkommen können, beschränkt auf Ausnahmefälle. Im neuen Regionalstatut für Friaul-Julisch Venetien ist im Art. 54 dieselbe Bestimmung hinsichtlich der Provinzen und Gemeinden enthalten, wonach der Regionalrat denselben jährlich einen Teil der Regionalein-

nahmen zuwenden kann, ohne Einschränkung auf Ausnahmefälle. Die Region hat hinsichtlich der sogenannten Lokalfinanz das Gesetz vom 31.12.1955 Nr. 32 erlassen, womit die Genehmigung der Sondersteuerzuschläge auf die Landesausschüsse dezentralisiert, sowie die Gewährung von Beiträgen aus einem Fond des Regionalhaushaltes gemäss Art. 70 geregelt wurde. Diesbezüglich hat der Gemeindenverband der Provinz Bozen im Jahre 1962 eine Resolution gefasst, welche dem Präsidenten des Regionalausschusses zugestellt worden ist, in welcher es unter anderem heisst:

« Die Bürgermeister sind der Meinung, dass die Anwendung dieses Ausgleichsfonds nur für defizitäre Gemeinden schädliche Auswirkungen hervorruft, sei es in psychologischer Hinsicht, sei es in der Praxis, da die Verwalter nichtdefizitärer Gemeinden, um in den Besitz eines Teiles dieses Fonds zu gelangen, die Gemeinde in eine defizitäre Lage durch Anwendung auch von Steuerzuschlägen in der Gemeinde hineinmanövrieren könnten.

Es ist selbstverständlich, dass damit jede Ernsthaftigkeit in der Verwaltung der Gemeinden leidet.

Die Gemeinden sollten jedoch veranlasst werden, alle notwendigen und vordringlichen Arbeiten, wie beispielsweise Kanalisierung, Erhaltung der internen Strassen und Ortschaften, Wasserleitungen, Brunnen und Arbeiten, die notwendig für hygienische, sanitäre und touristische Erfordernisse sind, durchzuführen.

Der Ausgleichsfonds sollte daher vor allem für diese äusserst notwendigen Zwecke in unseren Zonen verwendet werden und somit würden an diesem Fonds gerade die rückständigsten und ärmsten Gemeinden teilhaftig werden.

Es ist offensichtlich, dass der Ausgleichsfonds mit Lire 65.000.000 wie er für das Jahr

1963 vorgesehen ist, wesentlich erhöht werden müsste, um diese unmittelbaren Ziele zu erreichen ».

Es muss festgestellt werden, dass der Art. 5 des Regionalgesetzes vom 31.12.1955 tatsächlich die Gewährung des Ausgleichsbetrages nicht vom defizitären Stand des Gemeindehaushaltes abhängig macht, sondern im Sinne des Art. 70 des Regionalstatutes Hilfe für ärmere, sich selbst anstrebende, jedoch sparsame Gemeinden vorsieht. Wenn also dieser Ausgleichsfond in Zukunft mehr im Sinne der Stärkung der Gemeindeautonomie gehandhabt werden soll, müsste andererseits ein eigener Fond geschaffen werden, womit die Region ähnlich wie der Staat den tatsächlich defizitären Gemeinden nachdem alle sonstigen Vorkehrungen erschöpft sind, zu Hilfe kommt und zwar nicht weniger grosszügig als es der Staat macht.

Auf Grund des Gesetzes vom 3.2.1963 Nr. 56 können Provinzen und Gemeinden, die trotz Sondersteuerzuschläge ein Defizit im ordentlichen Haushalt aufweisen, einen Beitrag bekommen im Verhältnis zu dem im vorletzten Jahr aufgenommenen Darlehen, welches letztere wiederum bis zu 80% und mangels pfändbarer Einnahmen 100% vom Staate garantiert werden; bei nicht erfolgreicher Zahlung von seiten der Gemeinde übernimmt der Staat auf Grund einfacher Mitteilung von seiten des Kreditinstitutes automatisch die Verpflichtungen gegenüber dem Darlehensgeber. Gemäss diesem Gesetz gelten die Bestimmungen des Gesetzdekretes Nr. 51 vom 11.1.1945 weiter, auf Grund deren der Staat im Jahre 1961 einer Reihe von grossen und kleinen Gemeinden Darlehen in Höhe von rund 12 Milliarden gewährt hat, pro Kopf der Bevölkerung rund 10.000 Lire. Dazu kommen die Zuwendungen durch

Sondergesetze an einzelne Grossgemeinden wie Rom, Neapel und Florenz.

Die Bürgermeister der Provinz Bozen haben in einer eigenen Resolution im Rahmen des Gemeindenverbandes festgestellt, dass nicht nur die Dienste der Gemeinden im Interesse des Staates von Jahr zu Jahr zunehmen und den Haushalt immer mehr belasten, sondern im besonderen die Gemeinden der Provinz Bozen grössere Auslagen haben durch die Doppelsprachigkeit und den Andrang von grossen Militäreinheiten mit ihren schweren Fahrzeugen.

Mit Genugtuung kann vermerkt werden, dass der Regionalausschuss im vergangenen Jahr unseren Vorschlag hinsichtlich der Finanzierung der freiwilligen Feuerwehren durch die Region angenommen und das entsprechende Gesetz in Kraft getreten ist, wodurch die freiwilligen Feuerwehren eine gesunde finanzielle Grundlage erhalten haben, die Gemeindehaushalte entlastet worden sind ohne die autonome Zuständigkeit der Gemeinden für das Feuerwehrwesen anzutasten.

Der Regionalausschuss hat bereits für das Jahr 1962 den Erlass der Gemeindepersonalordnung gemäss Art. 56 des Regionalstatutes angekündigt und zwar wie schon erwähnt, einschliesslich der Entstaatlichung der Gemeindesekretäre. Auf Seite 70 der neuen Programmklärung ist wiederum die Rede von diesem Gesetz ohne die Gemeindesekretäre eigens zu erwähnen. Ich darf jedoch annehmen, dass gerade die Bezugnahme auf den Art. 56 des Regionalstatutes im Zusammenhang mit der verfassungsrechtlich garantierten Gemeindeautonomie ähnlich wie für die Provinzverwaltungen von Bozen und Trient, gestatten wird, die Autonomie der Gemeinden hinsichtlich ihres gesamten Personals einschliesslich des Sekretärs wieder herzustellen. Ohne hier auf Ein-

dem im einschlägigen Regionalgesetz vorgesehenem Sprachgruppenverhältnis der Versicherten, ebenso wenig die Pflicht zur Kenntnis der deutschen Sprache von seiten des sanitären Personals, besonders in den öffentlichen Krankenhäusern: der Regionalrat hat in der vergangenen Legislaturperiode trotz primärer Gesetzgebungsgewalt der Region hinsichtlich sanitärer und Krankenhausbetreuung einen diesbezüglichen Gesetzesantrag der SVP abgelehnt. Wegen der nicht erfolgten Vorschreibung der Deutschkenntnis von seiten der Apotheker, hat sich durch das Regionalgesetz Nr. 27 vom 9.11.1960, womit 8 Apotheken endgültig besetzt wurden, und urch die Ausschreibung mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 12.7.1961, womit 11 Apotheken endgültig besetzt wurden (siehe Genehmigung des Ergebnisses durch Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 6.12.1962) die Verteilung der Apotheken unter den Sprachgruppen noch mehr zum Nachteil der deutschen Gruppe verschoben, denn von 52 Apotheken sind nur 21 von Angehörigen der deutschen Sprachgruppe besetzt. Ein Apotheker der deutschen Sprachgruppe, der die Apotheke seit 6 Jahren führt, ist an 17. Stelle eingestuft, wobei 12 von den vorausgehenden 16 Konkurrenten nicht einmal im Berufsverzeichnis der Provinz Bozen eingetragen und daher nicht in der Provinz ansässig sind. Bei der Ernennung des Verwaltungsrates des Mädchenheimes Elisabethinum Bozen wurde die Zusammensetzung nach dem Verhältnis der im Heim Betreuten, die aus der ganzen Provinz stammen, nicht eingehalten weswegen der Landesausschuss gegen das entsprechende Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 21.12.1961 Rekurs an den Staatsrat eingebracht hat.

Regionalpersonal

Am 3.1.1961 wurde von seiten der Südtiroler im Regionalrat unter anderem beklagt, dass in der Regionalverwaltung die Südtiroler 111 Posten weniger einnehmen als ihnen nach dem Verhältnis im Regionalrat zustünde, während in der Provinzverwaltung Bozen die Italienischsprachigen 14 Posten über ihren Anteil einnehmen. Aus dem neuen Bericht des Präsidenten des Regionalausschusses geht hervor indem das gesamte Regionalpersonal nach demselben Maßstab wie bei der Provinzverwaltung zugrunde gelegt wird, dass die Südtiroler immer noch 108 Posten zu wenig einnehmen. In seinem Bericht teilt der Präsident des Regionalausschusses das Personal nach Sprachgruppen ein, obwohl der einzelne Regionalangestellte zum Unterschied von den Provinzangestellten noch nie über seine Volkzugehörigkeit befragt worden ist. Mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 23.9.1961, veröffentlicht im Amtsblatt der Region vom 6.2.1962, wurde der Stellenplan der ständigen Arbeiter von 39 auf 86 Einheiten erhöht und der Präsident gleichzeitig ermächtigt die provisorisch angestellten Arbeiter in den Stellenplan überzuführen ohne Einhaltung des im Regionalgesetz Nr. 23 vom 7.9.1958 vorgeschriebenen Sprachgruppenverhältnisses. Mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses vom 30.9.1961, veröffentlicht am 20.2.1962, wird ein Kontingent von 18 außerplanmäßigen Arbeitereinheiten festgesetzt mit der Ermächtigung bereits provisorisch aufgenommene Arbeiter überzuführen ohne Einhaltung des Sprachgruppenverhältnisses. Von 46 provisorisch als Arbeiter aufgenommenen Angestellten auch mit höheren Studentiteln, die nunmehr pragmatisiert werden sollen, gehören 3 oder 4 der deutschen Sprachgruppe an. Der

Landtag von Bozen hat gegen die erwähnten Dekrete des Präsidenten des Regionalausschusses Rekurs an den Staatrat eingebracht. Die Tatsache, dass für 3 ausgeschriebene Stellen von technischen Hilfsbeamten 25 Gesuche und für 20 Stellen von Schreibkräften 110 Gesuche von seiten Deutschsprachiger eingebracht wurden, andererseits für qualifiziertere Stellen die Nachfrage kaum dem Angebot entspricht, erhärtet die Notwendigkeit die Angehörigen der deutschen Sprachgruppe mehr als bisher in den öffentlichen Dienst einzureihen, um deren Abwanderung ins Ausland hintanzuhalten.

Regionalzuständigkeit hinsichtlich Energie aus Wasserkraft.

Im neuen Bericht des Präsidenten des Regionalausschusses heisst es dass der Industrieminister verpflichtende Erklärungen über die Gewährleistung der Rechte der Region abgegeben habe. In diesem Zusammenhang muss, wenn auch nur flüchtig, auf den Krebsgang der sogenannten Verteidigung der Rechte der Region hingewiesen werden, wobei die Initiative zur Verteidigung dieser Rechte von den in der Regionalregierung nicht beteiligten Südtirolern ausgegangen ist. Am 22.6.1962 haben die Südtiroler im Regionalrat ein Votumsgesetz eingebracht, womit auf Grund einer Reform des Art. 10 des Regionalstatutes die Provinzen ermächtigt werden sollten, mittels eigener Betriebe für die territoriale Stromversorgung zu sorgen, sowie daß die Konzessionen für Grossableitungen von öffentlichen Gewässern nach einem zwischen Staat und Provinz vereinbarten Plan erfolge, der alle Nutzungen für Bewässerung, Zivilbedarf, Industrie und landwirtschaftliche Belange mit der Regelung des Wasserhaushaltes koordiniert. Am 18.7.1962 stimmte die zuständige gesetzgebende Kommission des Regionalrates einem Votumsgesetz-

setzentwurf zu, wonach die Region von der neuen staatlichen Elektroenergiekörperschaft jene Unternehmen in der Region übernehmen sollte, die für die territoriale wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind. Am 27.7.1962 verabschiedete der Regionalrat ein Votumsgesetz wonach das Vorrecht der Region gegenüber der staatlichen Elektroenergiekörperschaft bei Elektrogrossableitungen, im Verstaatlichungsgesetz verankert werden sollte. Das Votumsgesetz wurde im Abgeordnetenhaus am 21.9.1962 auf Grund der Erklärungen des Industrieministers Colombo abgelehnt.

Am 10.1.1963 lehnte der Regionalrat den Antrag auf Anfechtung des Verstaatlichungsgesetzes ab, obwohl von allen Seiten die Beeinträchtigung der Rechte der Region durch dieses Gesetz zugegeben wurde. Auf Grund der erwähnten verpflichtenden Erklärungen des Industrieministers soll das geplante Staatsgesetz zur Reform der Art. 10 und 63 des Regionalstatutes die Rechte der Region neu festlegen und mit dem staatlichen Elektroenergiemonopol koordinieren. Wir haben in diesem Zusammenhang immer wieder geltend gemacht, dass das zwischenstaatliche Abkommen vom 5.9.1946, zumindest was die Provinz Bozen betrifft, die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung durch Ausübung autonomer, regionaler, legislativer und exekutiver Gewalt sicherstellen will. Angesichts der Eigenart der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Provinz Bozen fühlen die deutsche und die ladinische Volksgruppe ihre wirtschaftliche Entwicklung nicht genügend gewährleistet, wenn die Nationalisierung der Elektroenergieunternehmen nicht in Einklang gebracht wird mit dem Autonomieprinzip, das übrigens als überragendes Prinzip auch gegenüber den sogenannten wirtschaftlich-sozialen Reformen in der italienischen Verfassung verankert ist. Da

die Wasserkräfte den grössten bodenständigen Reichtum unseres Territoriums darstellen, und durch die nicht koordinierte Nutzung derselben, teilweise bereits schwerer Schaden zugefügt wurde, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit: 1. die Nutzung der öffentlichen Gewässer ähnlich wie im Aostatal nach einem zwischen Staat und Provinz zu vereinbarenden Plan zu koordinieren und 2. den für die territoriale wirtschaftliche Entwicklung benötigten Teil der hier erzeugten Elektroenergie autonom zu verwalten, wobei wir nichts gegen die Koordinierung der Provinzbetriebe mit der gesamtstaatlichen Energiepolitik einzuwenden haben.

Das Schicksal unserer Initiativen auf diesem Sektor im vergangenen Jahr im Regionalrat und auch der Umstand, dass der Präsident des Regionalausschusses die noch behängenden Votumsgesetze mit keinem Wort erwähnte, lässt den Eindruck entstehen, als ob die Mitte-Links-Politik gegen ein Selbstbestimmungsrecht der autonomen Provinz Bozen auf dem Elektroenergiesektor eingestellt sei, obwohl hier zum Unterschied von anderen Regionen ein internationaler Vertrag auch die wirtschaftliche Entwicklung in den autonomen Bereich einbezogen hat.

Programm für die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Präsident des Regionalausschusses hat die Einrichtung eines Amtes sowie eines Regionalkomitees für die Ausarbeitung eines regionalen Wirtschaftsprogrammes angekündigt.

Diese Einrichtungen auf regionaler Ebene sind dann als überholt zu betrachten, wenn die Übertragung der gesetzgebenden Zuständigkeit in für die wirtschaftliche Entwicklung massgebenden Sachgebieten auf die Provinzen als in absehbarer Zeit kommende Tatsache angenommen wird. Dazu kommt, dass in jeder

Provinz bereits einerseits der Landesraumordnungsplan weitgehend ausgearbeitet und als Landesgesetz verabschiedet werden muss, andererseits die Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den bestehenden spezialisierten und zusammenfassenden Gremien der Handelskammern betrieben wird. Weder die Provinz mit ihrem Landesraumordnungsplan noch die Handelskammern wollen einen Weg gehen der unter Umständen zwangsläufig zur Planwirtschaft führt. Als in der nicht sozialistischen Marktwirtschaft dringend erforderlich erweist sich jedoch die räumliche und zeitliche Koordinierung aller Initiativen und finanziellen Einsätze der öffentlichen Hand, was unter den gegebenen Kompetenzverhältnissen in verbindlicher Weise nur durch den Landesraumordnungsplan erfolgen kann.

Gesetzgebungsprogramm.

Obwohl schon des öfteren auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, scheint im Gesetzgebungsprogramm nicht auf, die Herausgabe einer regionalen Fassung des staatlichen Bonifizierungsgesetzes die bereits einmal vom Regionalausschuss noch mit Beteiligung der Südtiroler in Angriff genommen wurde. Wir wissen, dass diesbezüglich ausgearbeitete Entwürfe für umwälzende Reformen auf gesamtstaatlicher Ebene bestehen, wonach sogenannten Entwicklungskörperschaften weitgehende agrarreformerische Befugnisse zuerkannt werden sollen. Wir müssten das restlose Versagen der autonomen Gesetzgebungsgewalt feststellen, wenn auf einem Sachgebiet primärer Zuständigkeit, wie es die Landwirtschaft und das Forstwesen ist, nicht rechtzeitig die Voraussetzung geschaffen würde, dass die autonome Gesetzgebung gegenüber der alles über einen Leisten schlagenden gesamtstaatlichen Gesetzgebung überwiegt.

Mit dem erklärten Willen, die Provinzautonomie nicht nur zu respektieren, sondern zu erweitern, in seltsamem Widerspruch steht der Versuch Einrichtungen zu schaffen, welche im bestehenden Statut in die Zuständigkeit der Provinzen fallen. Ich beziehe mich auf den Gesetzesantrag über die Schaffung des Regionalmuseums für Naturgeschichte und den angekündigten Antrag über die Beteiligung der Region am Trienter Kulturinstitut. Wir haben nichts dagegen wenn die Provinz Trient die entsprechenden Gesetze macht und auch ebenso wie die Provinz Bozen finanzielle Mittel hierfür von der Region bekommt. Sollte sich die Zweckmässigkeit einer gemeinsamen kulturellen Einrichtung der beiden Provinzen Bozen und Trient ergeben, so ist es Sache der beiden Provinzen durch freiwilliges Übereinkommen etwa in der Form einer Verwaltungsgemeinschaft (Konsortium) vorzusorgen.

Was die Studie über die Schaffung einer Gebietskörperschaft zwischen der Provinz und den Gemeinden betrifft, wie es die Bezirkshauptmannschaften oder die Unterpräfekturen waren, erscheint mir dieselbe schon deswegen gegenwärtig nicht zweckmässig, weil keine Kompetenz der Region gegeben ist und vom Standpunkt der Rationalisierung und Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung ein solches Zwischenglied nur dann einen Sinn hätte, wenn die gesamte Zivilverwaltung, also in erster Linie die staatliche, damit auf Bezirksebene dem Bürger näher gebracht werden könnte. Vorläufig sind alle guten Vorsätze die Staatsverwaltung wirksam auf Regional- und Provinzebene zu dezentralisieren über die Schaffung eines neuen Amtes auf Ministerebene in Rom nicht hinausgelangt. Ein für die Region gangbarer Weg, um eine Koordinierung der Initiativen und der Einsätze der öffentlichen Hand auf der Ebene einer natürlichen

und damit freiwilligen Bezirkseinteilung zu erreichen besteht in der Förderung von seiten der Region der Verwaltungsgenossenschaften für eine Talschaft wie sie sowohl im Trentino als in Südtirol in letzter Zeit entstanden sind. Diese Verwaltungsgenossenschaften sollten durch Beiträge für die Durchführung konkreter Aufgaben unterstützt werden.

Als Präsident der gesetzgebenden Kommission des Regionalrates für allgemeine Angelegenheiten muss ich bei dieser Gelegenheit dem Regionalrat auch über die Tätigkeit dieser Kommission berichten, umso mehr da im Regionalrat von der äussersten Rechten und Linken Vorwürfe über die Tätigkeit dieser Kommission erhoben worden sind. Seit Beginn dieser Legislatur hat die Kommission in 50 Sitzungen 45 Gesetzentwürfe behandelt, wovon 24 vom Regionalrat verabschiedet und in Kraft getreten sind, während die anderen rückverwiesen, zurückgezogen oder verfallen sind, mit Ausnahme zweier der Gemeindeordnung und der Ansässigkeitspflicht der Gemeindegewandheitsbeamten beim Verfassungsgerechtshof behängen. Bei der Kommission behängen noch drei Votumgesetzentwürfe auf dem Wasserkraftenergiesektor und drei weitere über Benennung von Fraktionen und Regionalmuseum für Naturgeschichte wo die Kommission der Ansicht ist, dass sie in die Zuständigkeit der Provinzen fallen; noch nicht zur Gänze erledigt ist der Gesetzentwurf über die Gemeindefinanz, da man hinsichtlich des zweiten Teiles das Urteil des Verfassungsgerechtshofes über die Gemeindeordnung abwarten wollte.

Dieser mein Bericht hat nicht alle Aspekte der regionalen Gesetzgebung und Verwaltung erschöpft. Die behandelten Aspekte ergeben insgesamt ein Bild, woraus sich ein gewisser guter Wille des amtierenden Regionalaus-

schusses ergibt, auch die besonderen Belange der Provinz Bozen und der deutschen sowie italienischen Volksgruppen zu respektieren. Die geschilderten Tatbestände erhärten jedoch auch die Behauptung, dass einerseits der Vollzug wesentlich hinter dem Programm zurückgeblieben ist, andererseits diese Region auf Grund ihrer Struktur nicht geeignet ist, die wesentlichen Erfordernisse unserer Zeit einer demokratischen Selbstregierung des Territoriums der nationalen Minderheit und der effektiven Gleichstellung der in der Provinz Bozen lebenden Sprachgruppen im öffentlichen Leben und hinsichtlich des wirtschaftlich-sozialen Fortschrittes zu gewährleisten.

(Ho studiato attentamente la lunga relazione del Presidente della Giunta regionale, 74 pagine con allegati, ed ho redatto a mia volta una relazione che in termini parlamentari potrebbe essere definita una relazione di minoranza. Si tratta di una presa di posizione di un rappresentante di una minoranza tanto nell'ambito dello Stato quanto in quello della regione, di una relazione con cui si intendono indicare in breve le realizzazioni e le insufficienze della Regione soprattutto nei confronti degli interessi dei gruppi etnici tedesco e ladino, costituenti una minoranza anche nell'ambito della regione.

Presentare tale relazione mi sembra opportuno anche per il fatto che le minoranze etniche citate non partecipano al governo di questa regione: all'inizio del 1959 infatti i rappresentanti di tali minoranze hanno abbandonato il governo regionale in segno di protesta ed a tutt'oggi non sono tornati a farne parte. Per questo ormai da 4 anni non può essere rispettata la norma dell'art. 30 dello Statuto di autonomia, di fondamentale importanza dal punto di vista costituzionale, secondo cui la Giunta regionale deve essere composta in pro-

porzione ai gruppi linguistici rappresentati nel Consiglio regionale. La motivazione per la non partecipazione alla Giunta regionale non è in alcun modo riferibile a singoli provvedimenti della Giunta e non rappresenta perciò il tentativo della minoranza di imporre la propria volontà alla maggioranza. Tale motivazione consiste invece nel fatto che l'attuale Statuto regionale non è atto a garantire un vero autogoverno della Provincia di Bolzano per quanto riguarda il proprio sviluppo economico e culturale. Questa mancata partecipazione alla Giunta si è comunque rivelata il mezzo costituzionalmente e democraticamente più efficace per ottenere quella modifica costituzionale che ormai si sta preparando.

Per quanto riguarda la delega alle Province, che ormai si verifica di frequente, dell'esercizio di funzioni amministrative in base all'art. 14, essa non può essere considerata come realizzazione di un'amministrazione autonoma. Stando ad una sentenza della Corte Costituzionale in tale delega è insito il principio gerarchico, ragione per cui l'esercizio delle funzioni delegate è assoggettato alle direttive ed al diritto di controllo della Regione, facendo sì che questa possa avocare a sé la decisione al posto della Provincia delegata oppure modificarla in base ad un ricorso. Le leggi-delega possono d'altronde essere revocate in qualsiasi momento: ne consegue che questa forma di delega non può costituire l'esercizio di un potere esecutivo autonomo secondo lo spirito dell'Accordo di Parigi. Va inoltre osservato che la delega di funzioni amministrative permanenti ha avuto finora luogo soltanto per le espropriazioni non di competenza dello Stato, in materia di turismo, compresi i rifugi alpini ed i campings, di protezione della flora alpina nonché di controllo tecnico dei lavori pubblici non sovvenzionati dallo Stato. Tutte

le altre leggi-delega concernono la concessione di contributi e sono per la massima parte limitate nel tempo: non ha avuto luogo invece alcuna delega in base alla quale uffici o servizi regionali siano stati sciolti ed il relativo personale assunto dalla Provincia.

Approvando tali leggi, che nel quadro del vigente Statuto regionale favoriscono lo sviluppo economico e prevedono una qualsiasi forma di decentramento nell'esercizio delle funzioni amministrative, i rappresentanti sudtirolesi nel Consiglio regionale sono consapevoli di compiere un dovere finchè il presente Statuto sarà in vigore. Con ciò non si rinuncia alle necessarie modifiche dello Statuto stesso, visto che in base a questo non può essere motivato un potere esecutivo autonomo per le materie la cui legislazione risulta essere affidata alla Regione.

Nella sua relazione il Presidente della Giunta regionale si riferisce principalmente alle dichiarazioni programmatiche fatte davanti al Consiglio regionale l'11 maggio 1961, all'inizio cioè del presente periodo legislativo.

In data 20 aprile ed 11 maggio 1962, cioè dopo le dimissioni del rappresentante liberale dalla Giunta regionale, sono state fatte nuove dichiarazioni di natura programmatica che non sono meno determinanti per una nostra valutazione dell'attività della Giunta. In tali dichiarazioni programmatiche fu particolarmente rimarcata la difesa dell'autonomia nel quadro del vigente Statuto e la realizzazione di una sostanziale giustizia tra i gruppi linguistici, ben più di quanto è stato detto nelle dichiarazioni programmatiche del 1963. Nella dichiarazione del 20 aprile 1962 si leggono fra l'altro le seguenti frasi:

— « Nel limite delle sue possibilità la Giunta regionale promuoverà il rafforzamento e lo sviluppo dell'autonomia provinciale.

- In attuazione dell'art. 56 dello Statuto, la Giunta presenterà un disegno di legge con cui il personale dei Comuni, compresi i segretari, sarà sottoposto all'autorità locale e non più quindi al potere centrale.
- La Regione emanerà o chiederà che vengano emanate nuove norme per la tutela delle minoranze linguistiche, in applicazione dell'art. 6 della Costituzione e dell'art. 2 dello Statuto.
- La Regione farà il possibile affinché il tribunale di giustizia amministrativa venga istituito in base ai principi contenuti nella legge-voto del Consiglio regionale.
- Per quanto concerne l'energia elettrica, la Regione provvederà alla riforma degli articoli 10 e 63 dello Statuto, anche riguardo alla devoluzione di quanto dovuto ai Comuni rivieraschi, per assumere definitivamente tutte le proprie competenze in materia.
- In base all'art. 70 dello Statuto regionale, la Regione faciliterà alle Province a partire dal 1963 il pagamento degli interessi sui mutui accesi per investimenti ed oltre a questo provvederà a mettere a disposizione ulteriori mezzi necessari per incrementare lo sviluppo economico e sociale.
- Tutti i problemi connessi con l'applicazione dell'art. 73 circa la votazione separata del bilancio della Regione saranno riesaminati al fine di trovare una soluzione soddisfacente e definitiva ».

Finanze ed autonomia comunale. In base agli articoli 69 e 70 dello statuto regionale, la Regione ha assunto al posto dello Stato la responsabilità delle finanze delle Province e dei Comuni, fatto questo in diretta connessione con l'art. 60 dello Statuto che prevede un

conguaglio annuo fra Stato e Regione. Le entrate fiscali dello Stato previste dall'art. 60 e che possono essere assegnate alla Regione con una percentuale in costante aumento comprendono pure l'imposta generale sull'entrata che peraltro non era stata finora compresa nelle assegnazioni. Nella regione il suo gettito costituisce attualmente l'unica riserva importante per adeguare le entrate della Regione ai compiti vieppiù crescenti sia della Regione stessa che delle Province e dei Comuni. In relazione a questo fatto avevo sempre richiamato l'attenzione, nel corso dei dibattiti sui bilanci precedenti, sul gettito annuo dell'IGE nella nostra regione, gettito che nel 1962 si è aggirato sui 7 miliardi di lire.

A ciò si aggiunge il fatto che per quanto riguarda le entrate e le spese contabilizzate da parte dello Stato, questa Regione si è rivelata in attivo pressochè per la stessa somma. Mi sembra attuale in relazione a quanto ho detto fin qui anche il fatto che, secondo la legge costituzionale 31 gennaio 1963 contenente lo Statuto speciale per la Regione Friuli-Venezia Giulia, a tale Regione risulta assegnato il 50% dell'IGE riscossa nell'ambito del suo territorio. L'art. 60 dello Statuto regionale non contiene in proposito alcun limite massimo e l'assegnazione del 50% rappresenterebbe una maggiore entrata di tre miliardi e mezzo. Ma a che pro questa maggiore entrata? Secondo il primo capoverso dell'art. 60, la Regione è tenuta a porre le Province in grado di assolvere i propri compiti. Nelle dichiarazioni programmatiche del 20 aprile 1962 è stata manifestata, come già accennato, la volontà di adempiere effettivamente a tale impegno. Fino ad oggi non si è andati però oltre a tale manifestazione di buona volontà, poichè negli stati di previsione del bilancio per il 1963 l'importo di circa 70 milioni per Provincia, su quasi 14

miliardi di spese della Regione, non può evidentemente essere messo in relazione con la buona volontà. Mi chiedo pertanto se le Province, per adempiere ai propri compiti, abbiano bisogno o meno degli aiuti finanziari della Regione. Per quanto riguarda la Provincia di Bolzano questo risulta dalla relazione dell'Assessore alle finanze Ziller, appartenente alla DC, sul bilancio di previsione per il 1963. Orbene, in questa relazione si dimostra che su 8 miliardi di spese l'80% è costituito da spese obbligatorie ricorrenti, di cui soltanto il 60% risulta coperto da entrate ordinarie. Ne consegue che alla Provincia di Bolzano manca per il bilancio ordinario 1 miliardo e mezzo di lire, pur tenendo conto della maggiore entrata IGE da aziende che hanno qui le proprie filiali ed altrove la sede centrale; e ciò in base ad una legge nazionale recentemente entrata in vigore. Per la Provincia di Trento la cosa non sarà molto diversa: entrambe le Province sono costrette da anni ormai a coprire le proprie spese obbligatorie con l'accensione di mutui. Nella relazione dell'Assessore alle finanze Ziller si legge in proposito: « Il bilancio per il 1963 risulta essere in pareggio grazie all'accensione di un mutuo di L. 1.996.000.000; con il mutuo previsto per il 1962 di Lire 2.235.000.000 ed il debito residuo degli anni precedenti, ammontante ad un miliardo e 670 milioni, l'indebitamento della Provincia supera i sei miliardi con una quota di ammortamento annuo di 625 milioni. Se si dovesse continuare in questo modo, nello spazio di due-tre anni avremmo raggiunto il limite massimo di indebitamento ». A questa situazione di emergenza potrà essere posto rimedio in diversi modi senza per altro dimenticare il maggiore fabbisogno di fondi dovuto alle nuove competenze autonome da assumere, nella misura in cui esse non verranno trasferite dalla Regione alla

Provincia. Di ciò fa parte anche la realizzazione dell'autonomia scolastica, il collocamento al lavoro, la sanità pubblica, ecc. In occasione della discussione del bilancio 1962, i rappresentanti della SVP in Consiglio regionale avevano proposto che la maggiore entrata di 790 milioni derivante dal raddoppio del diritto di concessione per le grandi derivazioni, entrato in vigore il 1° gennaio 1962, venisse ripartita fra le due Province, ma la nostra proposta venne respinta dal Consiglio. Il 27 giugno 1962 i consiglieri Benedikter, Dalsass, Kapfinger, Pupp e Wahlmüller avevano presentata una legge-voto, secondo cui le entrate di 4 miliardi ottenute attraverso la riforma degli articoli 10 e 63 dello Statuto regionale avrebbero dovuto riscuoterle direttamente le Province, il che per il bilancio della Regione avrebbe comportato una diminuzione di soli 800 milioni. Questa somma però si sarebbe potuta reintroitare attraverso l'aumento della quota di partecipazione all'IGE. La via indicata da questa legge-voto avrebbe il vantaggio di valorizzare un diritto già esistente della Regione senza peraltro intaccare sostanzialmente la riserva costituita dall'IGE.

In questo Consiglio è stata già spesso richiamata l'attenzione sulla disparità fra le due Province per quanto riguarda i beni patrimoniali della Regione. Da un elenco dell'Assessorato regionale alle finanze per il periodo dal 1° gennaio 1949 al 31 agosto 1962, comprendente le partecipazioni, le obbligazioni, gli edifici per uffici, alloggi ed istituzioni di beneficenza nonché le aziende regionali, risulta un valore superiore di 500 milioni per la Provincia di Trento, senza includervi la partecipazione della Regione all'Istituto regionale di Mediocredito, all'autostrada del Brennero ed al nuovo palazzo della Regione a Trento, per una spesa arrivata a tutt'oggi ad 1 miliardo e 134 milio-

ni. Tale disparità risulta in modo particolare per quanto riguarda le spese della Regione al di fuori del fondo per i lavori pubblici, sostenute per edifici destinati all'assistenza sociale. Mentre per la provincia di Trento si trova sempre il modo di realizzare singole iniziative attraverso leggi speciali, — cito ad esempio la recente assegnazione di 250 milioni ad una casa per invalidi del lavoro da erigersi a Rovereto — l'amministrazione provinciale di Bolzano non riesce a far fronte alle proprie necessità in materia. A questo proposito va citato anche l'incomprensibile trattamento riservato all'opera intitolata al canonico Gamper, istituzione che aveva fatto assegnamento su un contributo regionale del 50%, cioè 107 milioni di lire, e che invece ha ottenuto appena 27 milioni. Altri progetti, che per mancanza di mezzi sono in ritardo rispetto all'urgente fabbisogno, riguardano l'ampliamento della casa di riposo di Cornaiano, la costruzione di una casa per apprendiste e giovani operaie a Gries, la trasformazione dell'ex albergo Austria in una casa per giovani operai, la costruzione di un brefotrofo più ampio a Bolzano ed infine la costruzione di un ospedale psichiatrico per la provincia di Bolzano. La Regione ha tuttora competenza legislativa in materia ed insieme il dovere di garantire finanziariamente il progresso delle rispettive istituzioni. Il secondo capoverso dell'art. 70 impegna la Regione a provvedere a che i Comuni possano fronteggiare finanziariamente i compiti loro demandati, limitati peraltro a casi eccezionali. Nel nuovo Statuto speciale per la Regione Friuli-Venezia Giulia è prevista all'art. 54 la stessa norma riguardante le Province ed i Comuni, norma secondo la quale il Consiglio di quella Regione può assegnare annualmente a Province e Comuni una parte delle entrate regionali senza limitarsi a casi eccezionali.

A proposito delle cosiddette finanze locali, la Regione ha emanato la legge n. 32 del 31 dicembre 1955 al fine di decentralizzare alle Giunte provinciali l'autorizzazione per le sovrainposte come pure la concessione di contributi da un fondo del bilancio regionale secondo l'art. 70 dello Statuto. Il consorzio dei Comuni della provincia di Bolzano aveva votato nel 1962 una risoluzione in proposito, trasmessa poi al Presidente della Giunta regionale, in cui tra l'altro si legge: « I sindaci sono del parere che l'applicazione di questo fondo di conguaglio per i soli Comuni deficitari produrrà conseguenze dannose sia dal punto di vista psicologico che da quello pratico, considerato che gli amministratori di Comuni non deficitari, per giungere in possesso di una parte di questo fondo, potrebbero essere indotti a manovrare in modo da creare situazioni deficitarie proprio attraverso l'applicazione di sovrainposte.

Appare naturale che in tal modo venga compromessa la stessa serietà amministrativa dei Comuni.

I Comuni dovrebbero per contro essere indotti a provvedere a tutte le opere necessarie e urgenti, quali ad esempio le fognature, la manutenzione delle strade interne e dei villaggi, gli acquedotti, le sorgenti e gli altri lavori necessari a soddisfare esigenze di natura igienica, sanitaria e turistica.

Il fondo di conguaglio, pertanto, dovrebbe essere utilizzato innanzitutto a tale scopo estremamente necessario nelle nostre zone, favorendo in tal modo proprio i Comuni più poveri e meno progrediti.

Appare perciò evidente che la dotazione di 65 milioni di lire del fondo di conguaglio per l'anno 1963 dovrebbe essere sensibilmente aumentata per consentire il raggiungimento di tali fini immediati ».

Va in proposito constatato che l'art. 5 della legge regionale del 31 dicembre 1955 prevede effettivamente la concessione di contributi di conguaglio, senza farli dipendere dalle condizioni deficitarie del bilancio comunale ma invece in conformità dell'art. 70 dello Statuto regionale, a favore di Comuni poveri che però siano parchi nelle spese e facciano tutto il possibile con le proprie forze. Se quindi tale fondo di conguaglio dovrà essere per l'avvenire utilizzato in maggior misura per rafforzare l'autonomia comunale, bisognerebbe creare un altro fondo attraverso il quale la Regione, come del resto sta facendo lo Stato, venga in aiuto ai Comuni effettivamente deficitari quando ogni altro provvedimento possibile sia stato esaurito; tali aiuti non dovrebbero essere però meno generosi di quelli concessi dallo Stato.

In base alla legge del 3 febbraio 1963, n. 56, le Province ed i Comuni che, nonostante l'applicazione di sovrinposte, presentano un bilancio ordinario deficitario, possono ottenere un contributo proporzionato al mutuo acceso nell'anno precedente, mutuo che sarà garantito dallo Stato fino all'80% o, in mancanza di entrate impegnabili, fino al 100%. In caso di mancato pagamento da parte del Comune, lo Stato, in base ad una semplice informazione dell'Istituto di credito, si assume automaticamente gli impegni nei confronti del concedente il mutuo stesso. Secondo tale legge rimangono in vigore le disposizioni del decreto-legge n. 51 dell'11 gennaio 1945, disposizioni in base alle quali lo Stato nel 1961 aveva concesso ad una serie di Comuni grandi e piccoli dei mutui per l'importo complessivo di 12 miliardi di lire, cioè 10.000 lire per unità di popolazione. A ciò si aggiungano le erogazioni previste da leggi speciali a favore di grandi Comuni singoli, quali Napoli, Roma e Firenze. I sin-

daci della provincia di Bolzano avevano constatato in una loro deliberazione, votata nel quadro del Consorzio dei Comuni, che non solo i servizi dei Comuni nell'interesse dello Stato sono di anno in anno in continuo aumento e pesano vieppiù sui bilanci comunali ma essi sono particolarmente gravosi in provincia di Bolzano per le spese dovute alla bilinguità ed all'afflusso di grandi unità militari dotate di mezzi pesanti.

Possiamo constatare con soddisfazione che l'anno scorso la Giunta regionale ha accettato la nostra proposta circa il finanziamento da parte della Regione dei Corpi volontari di vigili del fuoco e che la relativa legge è ormai entrata in vigore, cosicchè ai vigili volontari è stata assicurata una sana base finanziaria sgravando i bilanci comunali senza peraltro toccare la competenza autonoma dei Comuni in materia di servizi antincendi.

La Giunta regionale aveva preannunciato già per l'anno 1962 l'emanazione dell'ordinamento per i dipendenti comunali di cui all'art. 56 dello Statuto regionale, prevedendo pure, come già accennato, la destatalizzazione dei segretari comunali. A pag. 70 delle nuove dichiarazioni programmatiche si parla ancora di questa legge senza peraltro citare espressamente i segretari comunali. Penso di poter tuttavia supporre che proprio in riferimento all'art. 56 dello Statuto regionale ed in relazione all'autonomia comunale garantita dalla Costituzione si consentirà, analogamente che alle amministrazioni provinciali di Bolzano e Trento, di ristabilire l'autonomia dei Comuni nei riguardi di tutti i loro dipendenti, compresi i segretari. Senza scendere in particolari mi limito a citare quanto il Presidente del Consorzio dei Comuni della provincia di Bolzano aveva fatto presente a nome di tutti i sindaci alla Commissione dei 19 in merito alla posizione dei segretari comu-

nali: « Il segretario comunale deve diventare un funzionario del Comune perchè deve essere una persona di fiducia del Comune stesso, perchè è il Comune che lo paga e perchè è capo dei dipendenti comunali ed il collaboratore più stretto del sindaco; inoltre perchè l'istituzione del segretario come funzionario statale costituisce un relitto del fascismo e perchè negli stati democratici, esclusa l'Italia, egli è un funzionario comunale.

Tribunale di giustizia amministrativa.

Il Presidente della Giunta regionale si è impegnato a provvedere che il tribunale di giustizia amministrativa nella Regione sia istituito secondo i principi contenuti in una legge-voto del Consiglio regionale. Fra i principi della citata legge, varata nell'autunno del 1960 dal Consiglio regionale senza la partecipazione dei sudtirolesi, è previsto anche quello della composizione paritetica del tribunale con magistrati in carica e magistrati proposti dal Consiglio provinciale. Il disegno di legge nazionale approvato dal Consiglio dei Ministri senza la partecipazione del Presidente della Giunta regionale ignora l'anzidetta composizione paritetica; pur prevedendo un tribunale di giustizia amministrativa apposito per Bolzano, esso non contiene norme speciali per il Tirolo del Sud. Tanto il disegno governativo quanto la legge-voto regionale dovrebbero ormai essere decaduti in seguito allo scadere della legislatura nazionale, sarà pertanto necessaria la presentazione di una nuova legge-voto e di una nuova deliberazione del Consiglio dei Ministri. In proposito i sudtirolesi, nell'art. 29 della proposta di legge costituzionale per la Regione autonoma del Sudtirolo, hanno proposto che il tribunale di giustizia amministrativa per la provincia di Bolzano sia composto e nominato pariteticamente dallo Stato e dalla costituenda

nuova Regione. Il personale di tale tribunale dovrà essere padrone di entrambe le lingue. Allo stesso tribunale peraltro va attribuita una importanza che oltrepassa la normale tutela dei diritti del cittadino nei riguardi dell'amministrazione pubblica, in quanto, secondo una proposta da noi fatta, questo tribunale dovrebbe essere competente a sentenziare anche riguardo a casi di discriminazione lamentati tra i gruppi linguistici nell'ambito dell'amministrazione stessa.

Prego la Giunta regionale di render noto se è disposta o meno a presentare una nuova legge-voto da sottoporre all'approvazione del Consiglio regionale e da sostenere con la necessaria energia presso il Governo centrale.

Conoscenza della lingua materna della popolazione e rispetto della proporzione etnica da parte degli organi pubblici.

Per quanto riguarda la realizzazione di una giustizia sostanziale fra i gruppi etnici nei limiti delle competenze della Regione, va registrato come progresso l'accettazione da parte della Giunta regionale e l'entrata in vigore di una legge che disciplina la composizione delle commissioni per l'assegnazione delle condotte a medici, veterinari ed ostetriche secondo la proporzione etnica e che delega la nomina di queste commissioni alla Giunta provinciale. Altrettanto dicasi dell'assicurazione secondo la quale la commissione per l'assegnazione dei posti di farmacista sarà composta tenendo conto della suddetta proporzione.

Non è stata però ancora risolta nel senso di un'effettiva uguaglianza dei due gruppi linguistici la questione della composizione del Consiglio di amministrazione della Cassa mutua provinciale di malattia in proporzione alla rappresentanza etnica degli assicurati, secondo quanto previsto dalla relativa legge regionale,

né quella dell'obbligatorietà della conoscenza della lingua tedesca da parte del personale sanitario, specialmente negli ospedali pubblici. Nonostante la sua competenza primaria in materia, il Consiglio regionale aveva respinto nella passata legislatura una proposta di legge presentata dalla SVP e riguardante l'assistenza sanitaria ed ospedaliera. In seguito alla mancata obbligatorietà della conoscenza del tedesco per i farmacisti, la ripartizione delle farmacie fra i gruppi etnici ha subito un ulteriore peggioramento a danno del gruppo tedesco.

Questo in base alla legge regionale n. 27 del 9.11.1960, con cui risultano assegnate definitivamente 8 farmacie, nonché in base al concorso di cui al decreto del Presidente della Giunta regionale del 12 luglio 1961, in seguito al quale il numero delle farmacie definitivamente assegnate saliva da 11 (vedi autorizzazione del Presidente della Giunta regionale in data 6 dicembre 1962). In tal modo di 52 farmacie soltanto 21 risultano assegnate ad appartenenti al gruppo linguistico tedesco. Un farmacista di questo gruppo, ad esempio, che gestisce la farmacia ormai da 6 anni, è stato inquadrato al 17° posto nonostante che 12 dei 16 concorrenti precedenti non siano neppure iscritti all'albo professionale della provincia di Bolzano e non risultino per conseguenza residenti nella nostra provincia. Nominando poi il Consiglio di amministrazione della casa per giovani « Elisabethinum » di Bolzano non si è rispettato il principio della composizione a seconda della proporzionale etnica delle ragazze assistite, provenienti da tutta la provincia di Bolzano, costringendo perciò la Giunta provinciale a ricorrere al Consiglio di Stato contro il relativo decreto del Presidente della Giunta regionale del 21 dicembre 1961.

Personale della Regione.

In data 3.1.1961 i rappresentanti sudtirolesi nel Consiglio regionale si erano tra l'altro lamentati del fatto che nell'amministrazione regionale i sudtirolesi occupassero ben 111 posti d'impiego in meno di quanto loro spetterebbe in base alla proporzione etnica del Consiglio regionale, mentre invece nell'ambito dell'amministrazione provinciale di Bolzano i dipendenti di lingua italiana superano di 14 i posti loro spettanti. Dalla nuova relazione del Presidente della Giunta regionale risulta, prendendo per base il numero complessivo dei dipendenti regionali e cioè seguendo lo stesso metodo dell'amministrazione provinciale, che i sudtirolesi occupano tuttora 108 posti in meno di quanto loro spetterebbe. Il Presidente della Giunta regionale suddivide nella sua relazione il personale secondo i gruppi etnici e ciò nonostante che il singolo dipendente della Regione, a differenza di quanto avviene nei riguardi dei dipendenti della Provincia, non sia stato mai interpellato sulla sua appartenenza etnica. Con decreto del Presidente della Giunta regionale del 23 settembre 1961, pubblicato nel Bollettino Ufficiale della Regione del 6 febbraio 1962, la pianta organica degli operai permanenti è stata portata da 39 a 86 unità, autorizzando nel contempo il Presidente a passare in ruolo anche gli operai assunti provvisoriamente, senza rispettare quindi la proporzione etnica prevista dalla legge regionale del 7 settembre 1958, n. 23. Con decreto del Presidente della Giunta regionale del 30 settembre 1961, pubblicato nel Bollettino Ufficiale del 20 febbraio 1962, è stato fissato un contingente di 18 operai fuori ruolo organico, con l'autorizzazione di procedere al passaggio in pianta organica degli operai assunti provvisoriamente, senza quindi rispettare neppure in questo caso la proporzione etnica. Dei 46 impiegati (in par-

te anche con titoli di studio superiori) assunti provvisoriamente come operai e la cui posizione dovrebbe essere ora regolarizzata, appena tre o quattro appartengono al gruppo etnico tedesco. Contro i citati decreti del Presidente della Giunta regionale il Consiglio provinciale di Bolzano è ricorso al Consiglio di Stato. Il fatto che per tre posti messi in concorso per impiegati ausiliari del ruolo tecnico siano state presentate ben 25 domande e 110 per i 20 posti disponibili di dattilografa mentre d'altra parte le offerte per posti più qualificati rispondono appena alla richiesta, riconferma la necessità di inserire maggiormente nel servizio pubblico gli appartenenti al gruppo linguistico tedesco al fine di frenarne l'emigrazione all'estero.

Competenza regionale in materia di energia idroelettrica.

Nella nuova relazione del Presidente della Giunta regionale si legge che il ministro dell'industria ha fatto dichiarazioni impegnative per garantire i diritti della Regione in materia. In relazione a ciò va richiamata l'attenzione, anche se molto brevemente, sul regresso riscontrabile nella cosiddetta difesa dei diritti della Regione, difesa la cui iniziativa è partita proprio dai sudtirolesi non partecipanti al Governo regionale. In data 22 giugno 1962 i sudtirolesi hanno presentato in Consiglio una legge-voto con la quale, in base alla riforma dell'art. 10 dello Statuto regionale, le Province dovrebbero essere autorizzate a provvedere con aziende proprie all'approvvigionamento di energia elettrica per il proprio territorio; inoltre le concessioni per le grandi derivazioni di acque pubbliche dovrebbero essere effettuate in base ad un piano concordato tra Stato e Provincia, piano che dovrebbe coordinare l'utilizzazione per l'irrigazione, per il fabbisogno della popolazione civile, dell'industria e dell'agricoltura con le effettive disponibilità idriche. In

data 18 luglio 1962 la competente commissione legislativa del Consiglio regionale ha approvato una proposta di legge-voto che prevede che la Regione assuma dal nuovo ente statale per l'energia elettrica quelle aziende della regione considerate necessarie per lo sviluppo economico del territorio. Il 27 luglio 1962 il Consiglio regionale ha approvato una legge-voto secondo cui la Regione ha la priorità sull'anzidetto ente statale per le grandi derivazioni a scopo idroelettrico, priorità da ancorarsi nella legge nazionale sulla nazionalizzazione dell'energia elettrica. Tale legge-voto è stata respinta dalla camera dei deputati nella seduta del 21 settembre 1962 in seguito alle dichiarazioni del ministro per l'industria Colombo.

In data 10 gennaio 1963 il Consiglio regionale ha respinto la richiesta di impugnare la legge di nazionalizzazione nonostante tutti ammettessero la limitazione dei diritti della Regione derivante da tale legge. In base alle citate dichiarazioni impegnative del ministro dell'industria, nella progettata legge nazionale sulla riforma degli articoli 10 e 63 dello Statuto regionale i diritti della Regione dovrebbero essere stabiliti ex novo e coordinati con il monopolio statale dell'energia elettrica. Abbiamo ripetutamente fatto notare che l'accordo interstatale del 5 settembre 1946, almeno per quanto riguarda la Provincia di Bolzano, è chiamato a garantire lo sviluppo culturale ed economico della provincia stessa attraverso l'esercizio di un potere legislativo ed esecutivo regionale autonomo. Di fronte alle peculiarità della struttura sociale ed economica della provincia di Bolzano, i gruppi etnici tedesco e ladino non vedranno garantito in maniera sufficiente il proprio sviluppo economico fintantochè la nazionalizzazione delle aziende produttrici di energia elettrica non sia armonizzata con il principio di autonomia che del resto risulta ancorato quale principio preminente anche rispetto

alle cosiddette riforme economiche e sociali previste dalla Costituzione italiana. Dato che le risorse idriche costituiscono la maggior fonte di ricchezza locale e visto che attraverso il non coordinato sfruttamento delle stesse la nostra economia ha già in parte subito gravi danni, appaiono evidenti le urgenti necessità di: 1) sfruttare coordinatamente le acque pubbliche in base ad un piano da concordarsi fra Stato e Provincia, così come pressapoco avviene in Val d'Aosta; 2) amministrare in forma autonoma la quantità di energia elettrica localmente prodotta, nella misura in cui essa risulta indispensabile allo sviluppo economico del territorio, senza nulla obiettare al coordinamento delle aziende provinciali con la politica energetica nazionale. La sorte toccata l'anno scorso in Consiglio regionale alle nostre iniziative come pure la circostanza che il Presidente della Giunta regionale non ha dedicato una sola parola alle leggi-voto ancora pendenti, dà l'impressione che la politica di centro-sinistra sia rivolta contro il diritto di autodecisione della Provincia autonoma di Bolzano nel settore dell'energia elettrica, e ciò nonostante che nel nostro caso, a differenza di altre Regioni, esista un accordo internazionale che include espressamente lo sviluppo economico nell'ambito dell'autonomia.

Programma di sviluppo economico.

Il Presidente della Giunta regionale ha preannunciato la costituzione di un apposito ufficio e di un comitato regionale per l'elaborazione di un programma economico nella Regione. Queste istituzioni su scala regionale vanno però considerate ormai superate dal momento che il trasferimento alle Province della competenza legislativa nelle materie riguardanti lo sviluppo economico viene considerato come realizzabile in un prossimo futuro. A ciò va aggiunto che in ciascuna Provincia risulta esser già a buon punto l'elaborazione dei piani terri-

toriali di coordinazione che dovranno essere approvati come legge provinciale mentre nell'ambito delle commissioni speciali delle Camere di commercio, industria e agricoltura si sta effettuando il coordinamento di tutti i provvedimenti concernenti lo sviluppo economico. Nè la Provincia con il proprio piano regolatore territoriale nè le Camere di commercio intendono battere una strada che potrebbe fatalmente portarci ad un'economia pianificata. In una economia di mercato non socialista com'è la nostra si rivela tuttavia urgente coordinare nello spazio e nel tempo tutte le iniziative e tutti gli investimenti finanziari degli enti pubblici, cosa questa che allo stato attuale delle competenze potrà esser fatta soltanto attraverso i citati piani territoriali.

Programma legislativo.

Quantunque già di recente si sia accennato alla necessità di compilare una versione regionale della legge nazionale sulle opere di bonifica, nel programma legislativo esposto non ne è stato fatto alcun cenno; già una volta essa era stata presa in esame dalla Giunta regionale quando ancora ne facevano parte i rappresentanti sudtirolesi. Sappiamo che sono già pronti progetti per attuare profonde riforme al riguardo su scala nazionale, progetti secondo i quali ai cosiddetti enti di sviluppo dovrebbero essere affidati larghi poteri nel campo della riforma agraria. Sarebbe un naufragio completo del potere legislativo autonomo se in un settore di competenza primaria quale quello della economia agricola e forestale non si provvedesse a realizzare tempestivamente presupposti tali da consentire alla legislazione autonoma di svolgere un ruolo preminente rispetto alla legislazione nazionale generica.

In uno strano contrasto con la dichiarata volontà di non solo rispettare ma anche ampliare l'autonomia provinciale, è secondo noi il ten-

tativo di creare delle istituzioni che in base al vigente Statuto di autonomia rientrano nella competenza delle Province. Mi riferisco in proposito al disegno di legge riguardante la creazione di un museo regionale di storia naturale ed all'annunciata richiesta della Regione di partecipare all'Istituto di Cultura trentino. Non abbiamo nulla in contrario a che la Provincia di Trento emani delle leggi in materia e neppure a che anche la Provincia di Trento come quella di Bolzano ottenga per questi progetti fondi dalla Regione. Se dovesse poi rivelarsi opportuna la creazione di una comune istituzione culturale per le due province di Bolzano e di Trento, dovrà essere affare delle due Province il provvedervi attraverso una libera convenzione anche sotto forma di consorzio amministrativo.

Per quanto riguarda lo studio per la creazione di un ente territoriale fra la Provincia ed i Comuni, simile ai cosiddetti capitanati mandamentali o le sottoprefetture di una volta, mi sembra che ciò non sia attualmente opportuno per il fatto che non abbiamo una competenza della Regione al riguardo ed anche perchè dal punto di vista della razionalizzazione e del decentramento dell'amministrazione pubblica tale organo potrebbe avere un scopo solo se tutta l'amministrazione civile, e quindi in prima linea quella statale, risultasse in tal modo più ravvicinata al singolo cittadino entro la circoscrizione mandamentale. Per ora tutti i buoni propositi miranti a decentrare l'amministrazione statale a favore delle Regioni e delle Province non sono arrivati oltre l'istituzione di un nuovo ufficio a livello dicasteriale a Roma. Una via che la Regione potrebbe percorrere per realizzare il coordinamento delle iniziative e degli investimenti dei mezzi pubblici sul piano di una ripartizione mandamentale naturale e perciò volontaria consiste nel favorire la costituzione

di consorzi amministrativi di vallata come quelli che sono sorti di recente tanto nel Trentino come nel Tirolo del Sud. Tali consorzi dovrebbero poi essere sovvenzionati con contributi della Regione per render loro possibile realizzare compiti concreti.

Come Presidente della Commissione legislativa agli affari generali in seno al Consiglio regionale devo cogliere l'occasione per riferire sull'attività svolta da questa commissione, e ciò tanto più in quanto nel Consiglio, sia da parte dell'estrema destra sia da parte delle sinistre, sono state mosse delle critiche all'attività della commissione in parola. Dall'inizio della presente legislatura, la commissione ha esaminato in 50 sedute 45 disegni di legge, di cui 24 sono stati approvati dal Consiglio regionale e sono già entrati in vigore. I rimanenti sono stati respinti o ritirati o scaduti ad eccezione di due, sull'ordinamento comunale e sull'obbligo di residenza per il personale sanitario comunale, che sono giacenti presso la Corte Costituzionale.

La Commissione ha ancora da trattare tre disegni di legge-voto in materia idroelettrica e tre altri, riguardanti la denominazione di frazioni ed il museo regionale di storia naturale, che la Commissione considera di competenza provinciale.

Il disegno di legge sulle finanze comunali non è stato ancora del tutto elaborato poichè si voleva attendere per la seconda parte la sentenza della Corte Costituzionale sull'ordinamento dei Comuni.

Questa mia relazione non ha certamente esaurito tutti gli aspetti della legislazione e dell'amministrazione regionale. Gli aspetti trattati offrono nel loro insieme un quadro da cui emerge una certa buona volontà della Giunta regionale in carica di rispettare anche le particolari esigenze della provincia di Bolzano e dei suoi gruppi etnici tanto di lingua tedesca quanto italiana. I fatti esposti riconfermano peraltro

l'asserzione secondo cui da una parte le realizzazioni sono rimaste molto indietro rispetto al programma e dall'altra questa Regione, per la sua propria struttura, non è adatta a garantire le esigenze sostanziali del nostro tempo consistenti in un autogoverno democratico del territorio della minoranza nazionale e della effettiva parità dei gruppi linguistici conviventi in provincia di Bolzano per quanto riguarda la vita pubblica nonché il progresso economico e sociale).

PRESIDENTE: La parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Devo recitare anch'io il « mea culpa » e prendere atto della deplorazione che il signor Presidente ci ha rivolto per la nostra insufficiente preparazione a questo dibattito.

Voglio però, signor Presidente, tener presente che noi, almeno, ci troviamo di fronte a due discussioni di bilancio, accompagnate da una serie di relazioni di una ricchezza e di un impegno veramente inconsueti; e che ci sono degli impegni di partito che, anche se non giuridicamente afferenti agli impegni consiliari, tuttavia non possono essere trascurati; sono problemi che forse lei non ha, od ha in misura minore di alcuni fra noi, ma vorrei fossero tenuti presenti. Ciò ho voluto premettere, anche a giustificare la forma di questo intervento, che forse non soddisferà i colleghi e che, certamente, non soddisfa me stesso: ma mi riservo eventualmente di intervenire per completare la mia esposizione, nella discussione dei vari capitoli di bilancio.

In questa dichiarazione, voglio riferirmi soprattutto alla relazione del Presidente della Giunta regionale per dirgli che prendiamo atto con molto piacere e con soddisfazione particolarmente di quella dichiarazione, a pagina due della relazione, con la quale la Giunta ed il suo

Presidente si dichiarano aperti ad ogni suggerimento e stimolo del Consiglio. Prendiamo atto, e diamo atto, con piacere, di questo gesto di buona volontà che speriamo non rimanga soltanto una platonica affermazione di principio, ma rappresenti un preciso impegno. Perchè, in passato, altre affermazioni del genere abbiamo potuto sentire dal banco della Giunta, ma il comportamento dell'amministrazione ne fu sempre difforme. Molte indicazioni ed indirizzi che ritroviamo ora in questa relazione, erano stati largamente anticipati da questi banchi, sia pure non nella forma rigorosamente scientifica data loro dalla *equipes* degli studiosi che la Giunta ha ritenuto di consultare, ma sotto forma di suggerimenti, che riguardavano fondamentalmente molte cose che poi sono state dette sulla base degli studi condotti, e che sono stati regolarmente disattesi dall'amministrazione.

Appreziamo vivamente anche quanto il Presidente della Giunta regionale ha detto sullo spirito col quale la Giunta intende affrontare il problema della convivenza fra i gruppi etnici. E' doveroso, da parte nostra, dare atto di ciò, anche perchè sappiamo — da questi banchi — di aver dato insistentemente il nostro contributo ed il nostro suggerimento proprio su questo orientamento ed in questo spirito.

Seguendo cronologicamente il rapporto del Presidente — scusate questo vocabolo, lo abbiamo imparato in Provincia di Trento anche se siamo d'accordo che è censurabile perchè suona male —, seguendo la relazione devo avanzare alcune osservazioni su quanto attiene alla attività legislativa del passato.

Ricordo particolarmente la legge per l'assegno ai vecchi bisognosi sprovvisti di pensione. Per quel che mi risulta — e le mie informazioni risalgono solo ad un paio di settimane fa — questa legge è ancora inoperante, per mancanza del regolamento, che sarebbe bloccato

presso la Corte dei conti, e sarà lieto se questa mia informazione potrà essere smentita. E' una cosa estremamente grave questa: c'è della gente che sospetta, perfino, che si sia in presenza di una mistificazione, di una voluta presa in giro. Ogni giorno che passa, questi poveretti sono più vicini alla morte, e quando la legge entrerà in vigore, vedrete che molti che potenzialmente avrebbero potuto trarne beneficio, saranno passati a miglior vita, come si dice. So che esistono difficoltà giuridiche, tecniche, insorte davanti alla Corte dei conti; ma so anche qualcosa d'altro, che voglio dire. Ci sarebbe stato, nel corso dell'elaborazione della legge, chi, fra i funzionari regionali, avrebbe fornito rette indicazioni sugli ostacoli che le norme, così congegnate, avrebbero incontrato presso la Corte dei conti; e questi suggerimenti furono disattesi. Riporto la cosa, la quale mi è stata segnalata da fonte cui ritengo di dover prestar credito, con ogni riserva; perchè sarebbe molto grave che ciò fosse avvenuto, come è molto grave che noi, a tanti anni di distanza dall'inizio della attività regionale, non si possa contare su un ufficio legislativo la cui consulenza ci tranquillizzi...

BENEDETTI (D.C.): Trovali!

RAFFAELLI (P.S.I.): Come trovali? I fatti restano questi: c'è una legge in un settore che non tollera le illusioni, e proprio su questa legge nascono queste difficoltà di natura puramente giuridica e tecnica e l'ufficio legislativo non è stato ascoltato o non è stato in grado di suggerire alla Giunta regionale le indicazioni giuste. A me è stato detto infatti che le indicazioni sono venute da un altro ufficio.

Sempre sull'argomento delle leggi: esiste il problema della legge del personale. Quando, nel 1958, approvammo la legge sull'organico, qualche illuso credette forse che il problema, già allora annoso, fosse stato del tutto risolto:

purtroppo la legge fu fatta con molti cedimenti, verso singoli e verso settori. Questi cedimenti, queste lacune, queste deficienze di autorità, fecero sì che si moltiplicassero le lacerazioni, in difesa di statuizioni che disponevano privilegi o dosaggi per singoli o per categorie. Ora abbiamo all'esame una nuova proposta di legge, di integrazione della legge sugli organici, che la Commissione, della quale anch'io faccio parte, non ha ancora preso in esame. Ebbene, per questa legge che conta 28 articoli, io sono in possesso di otto promemorie, di diversa estrazione e provenienza, che espongono il caso singolo o le doglienze del gruppo; otto promemoria di gente, insomma, che non è d'accordo e che vorrebbe qualcosa di diverso.

Se è umano non sorprendersi di questa tendenza all'inserimento di individui o di gruppi, nelle disposizioni che possano portare ad un miglioramento proprio, è però altamente significativo anche che queste richieste e queste proteste vengano da individui e gruppi diversi sia per costume che per mentalità. Ora veda la Giunta regionale se non sia il caso di rimeditare seriamente questa proposta di legge, se non sia opportuno differirne la presentazione, magari sanando particolari situazioni con provvedimenti parziali, e ponendo allo studio la risistemazione giuridico-economica del personale in una forma che non dia luogo a queste cose. In particolare credo doveroso far presente — e le riserve le so fare anch'io, su quello che può essere dettato dall'exasperazione di una determinata situazione personale, da un rapporto di carattere personale — però credo doveroso segnalare che non c'è singolo o gruppo interessato che non si senta in obbligo di fare la sua critica all'ufficio del personale. Ho la netta impressione che sarebbe bene che questi appunti fossero presi in considerazione, che si appurasse quanto siano fondati; sicuramente bisognerà fare un discorso di fondo quando gente con ti-

toli ed esperienza superiori a quelli dell'Ispettore del personale — e non m'importa anche se egli se la prenderà con me —, gente che l'Ispettore del personale se lo pela vivo e morto, e per preparazione accademica e per pratica d'ufficio, deve sottostare a lui...

ALBERTINI (Assessore industria e turismo - D.C.): ... Gli uomini non valgono soltanto per i titoli che hanno.

RAFFAELLI (P.S.I.): Vorrei vederla, Assessore, se lei, nella sua posizione professionale, fuori della politica, si vedesse posto davanti come ispettore scolastico un maestro, che magari non sapesse neanche insegnare, che cosa direbbe! D'altra parte l'ordinamento nostro è quello che è: o lo capovolgiamo, e ci mettiamo ad assumere gli impiegati come qualsiasi azienda privata sulla base di una valutazione delle loro capacità e prescindendo dai titoli di studio, ed allora tutto è da rifare da capo a fondo, ribaltando la materia ed innovando principi, e possiamo, se volte, anche provarci, ma se non lo facciamo, se stiamo alle linee dell'ordinamento tradizionale, allora anche i titoli di studio hanno la loro importanza. Ma non solo quello: c'è anche il modo di trattare che è proprio dell'ufficio del personale, quel tantino di *sopracciò* che anche i più giovani arrivati in quell'ufficio, nella stanza dei bottoni vorrei dire, usano nei confronti degli altri. Sono cose che segnalano, cose che devono essere tenute d'occhio.

Tutt'altro argomento è quello trattato a pagina 4 della relazione, che riguarda il voto sull'ENEL. Abbiamo appreso recentemente dalla stampa, leggendo un comunicato della Giunta regionale, che il Presidente e l'Assessore competente si sono incontrati a Roma con l'avv. Di Cagno, affrontando, ritengo, od introducendo quanto meno, il tema dei rapporti della nostra Regione con l'ENEL dopo la nazionalizzazione dell'energia elettrica. Penso sia

cosa lecita chiedere alla Giunta regionale di fornirci una relazione, magari anche soltanto verbale, di questo incontro. Si trattava di un primo incontro, che certamente ha avuto carattere interlocutorio, ma ameremmo sapere qualcosa sulle prospettive e sulle speranze che si possa giungere a qualche conclusione. Intanto direi che avremmo utilizzato molto bene il nostro tempo se ci sforzassimo tutti di avere le idee molto chiare su quanto la Regione intende chiedere all'ENEL, su quanto intende rivendicare o concordare eventualmente in materia di art. 10, 9 e 63.

A pagina 27 della relazione del Presidente Dalvit, l'accento alla auspicata disponibilità di una massa di energia elettrica quale incentivo all'industrializzazione e per rispondere alle esigenze anche dell'agricoltura e della piccola industria, pare significare che la Giunta regionale ha già fatta la sua scelta: se è in atto la concezione di giungere, provocando a beneficio della Regione, le dichiarazioni di decadenza di utilizzazioni non sfruttate, tanto più questo orientamento, che tende a darci l'energia elettrica indispensabile a tonificare la nostra economia, deve essere adottato anche per quanto riguarda l'art. 10 dello Statuto, quell'articolo che, solo, può darci, gratuitamente od a prezzo di costo, il grosso di quelle forniture energetiche che sono indispensabili. Può essere intesa così, signor Presidente, la sua relazione. Io, ed il mio gruppo, saremmo i primi ad essere felici di ciò, perchè, pur ritenendo che l'ENEL svolgerà una politica dell'energia tale da soddisfare le esigenze dell'industrializzazione soprattutto, e di tutta l'economia in genere che sia legata alla erogazione di energia elettrica, riteniamo tuttavia che una specialissima considerazione possa essere data alla nostra Regione, anche, eventualmente, in maniera differenziata da quella dell'ENEL; così che da noi le società possano trovare un trattamento di favore gra-

zie alla utilizzazione diretta dell'energia che ci spetta. Solo così la Giunta non potrà eludere gli scopi che si erano proposti o prospettati i legislatori nel dar vita alle norme dello Statuto, e particolarmente all'art. 10, mentre con la monetizzazione, che i quattrini, è troppo facile mescolare le carte. Poniamo, se volete, una pietra sul passato: ma nel passato i quattrini corrisposti in cambio dell'energia, non servirono sempre all'incremento industriale, ma furono diretti al risanamento di casi di disamministrazione, se non di malversazione.

Se in sede di replica il Presidente o l'Assessore competente vorrà darci anche su questo argomento qualche chiarimento, sarà un utile elemento per il nostro orientamento futuro, per l'apporto che potremo anche dare alla elaborazione degli accordi futuri.

Ed ora il tema della applicazione dell'art. 10. Se la polemica postuma servisse a qualche cosa, noi ci troveremmo in una posizione di ferro, noi del Partito socialista italiano che della applicazione dell'articolo 14, della delega alle Province, abbiamo fatto un nostro cavallo di battaglia ben prima che la crisi delineasse la dilacerazione dei rapporti fra i due gruppi etnici.

Potremmo dire perfino che se si fosse posto orecchio a quanto da questi banchi si suggeriva, forse oggi il Presidente Dalvit non avrebbe bisogno di sedersi al tavolo della Commissione dei diciannove, dove, ne sono conscio, si trattano anche altri e più importanti argomenti. Non ci dispiace certo, non ci spaventa, l'ipotesi di una riforma statutaria che attui un travaso di poteri dalla Regione alla Provincia: sul problema del principio non ci siamo mai formalizzati. Ma ripeto che se, a quel tempo, fossimo stati ascoltati, non saremmo giunti alla situazione attuale, dato che l'argomento principale della rottura fu proprio la mancata applicazione del principio della delega.

C'è, a questo proposito, una domanda da fare: ogni volta che, in sede di Commissione, ci troviamo a discutere un provvedimento che attua la delega, ci si ripropone il solito tema: bisogna fare una legge così come se fosse la Regione quella che esercita i poteri, avvertendo poi con un ultimo articolo che non era vero, che chi esercita è invece, per delega, la Provincia, continuando come si è fatto finora, oppure possiamo fare una legge che sia veramente di delega fin dall'inizio? Si tratta di un problema di forma, ma diventa anche problema di sostanza quando si tratta della interpretazione della legge da parte di chi deve applicarla. Nessun dubbio che ogni segretario comunale sia in grado di comprendere perfettamente significato e portata di quel tale ultimo articolo, ma potrebbe anche aver fretta, potrebbe anche trattarsi di chi segretario comunale non è. Non si tratta, d'accordo, di una questione costituzionale molto difficile; ma chiaritela per favore, perchè anche qui vi sono opinioni discordi fra l'ufficio legislativo della Regione, che questa forma impone come unica possibile, e i consiglieri regionali e gli esperti di diritto che tale necessità non ravvisano.

Abbiamo sentito dalla relazione le nuove prospettive che essa apre rispetto alle relazioni precedenti e particolarmente ci ha interessato l'accento agli istituti preparati della programmazione. Da questi banchi, se non proprio un entusiastico evviva, certo una espressione di plauso viene: potremmo anche qui dire che ve lo avevamo detto da tanto tempo, ma è meglio tardi che mai.

Noi dobbiamo prendere atto di queste decisioni, ed attendere delle precise indicazioni.

Purtroppo tutta la storia della attività amministrativa della Regione è punteggiata di contraddizioni. C'era, prima, il sano empirismo realistico della Giunta Odorizzi, ma con quanti buchi!

La legge 11 sui lavori pubblici, ad esempio, stabiliva sì una graduatoria delle priorità, almeno sulla carta e nelle intenzioni. Poi...

TANAS (P.S.D.I.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (P.S.I.): Poi vennero le necessità quotidiane, le urgenze, l'acquisto o la perdita di considerazione, e di voti, presso un gruppo o in una valle. Se ciò era grave, ripetere questo errore comprometterebbe evidentemente dalle radici tutto l'apparato programmatico che si va mettendo in piedi. Fare una politica di programma è anche fare tutto quanto è necessario per avere, a questa politica, l'adesione della persuasione civica. Così deve essere fatto anche da noi; bisogna convincere i cittadini che così, come è risultato dagli studi, deve essere fatto e non tentare di far coincidere la programmazione con interessi di zone o di persone; sarebbe togliere alla programmazione ogni suo carattere di democraticità ed inibire alla amministrazione regionale di seguire le linee che essa stessa ha scelto.

C'è un esempio, piuttosto recente, che può essere citato in questa sede. La Provincia di Trento ha redatto ed approvato un piano urbanistico provinciale; la Regione, in un suo piano, ha individuato le località per gli insediamenti industriali. Ebbene, sulla base di questi studi, la zona di Castel Pietro, nel Trentino, doveva conservare carattere schiettamente paesaggistico. Non che fosse vietato nel comprensorio l'impianto di industrie, ma esso doveva avvenire in una zona ben delimitata e destinata ad iniziativa industriale. No: c'è un privato al quale fa comodo l'insediamento industriale proprio sotto Castel Pietra. La Commissione urbanistica provinciale di Trento, ricordando il vincolo che il piano aveva deciso, in un primo tempo negò l'autorizzazione a quell'insediamento e diede parere negativo anche alla richie-

sta di finanziamento di quell'iniziativa. Senonchè, in una seconda riunione, a ranghi stranamente ridotti, in assenza anche del Sovrintendente alle Belle Arti, stranamente malato — perchè il Sovrintendente fa la voce del leone quando si trova di fronte ai deboli ed ai poveri, ma si ammala in altre occasioni: è così, Tanas, e non farmi dire altre cose più gravi —, la Commissione urbanistica provinciale vota, a ranghi ridotti, l'autorizzazione all'insediamento industriale proprio sotto Castel Pietra.

Mettetevi in testa che, se volete realizzare la programmazione, è necessaria la rigidità: anche a costo di scontentare la gente. Ho potuto solo sfogliare, data la mole del materiale che ci è stato rimesso e la limitatezza del tempo, lo studio sulla localizzazione dei caseifici, dei magazzini di frutta, degli impianti cooperativi dell'agricoltura: suppongo che questa localizzazione non possa coincidere con tutte le richieste che verranno. Ebbene vi ricordo che bisogna far bene, od è meglio non fare una programmazione. Sono queste alcune cose che dovranno trovare conferma nelle dichiarazioni della Giunta regionale, perchè questo suo sforzo di impostazione di moderni sistemi di intervento dell'ente pubblico, trovi anche nei banchi dell'opposizione simpatie ed approvazione: potete prescindere forse, ma ritengo non vi dispiacerà se intorno alle vostre iniziative potrà raccogliersi il consenso più largo. A noi sono particolarmente piaciute le indicazioni che abbiamo trovato a pagina 39 della relazione, dove fra gli obiettivi della programmazione si elencano lo sviluppo economico, la sua stabilità ed una equa distribuzione della ricchezza. Penso che non si tratta di una frase alla quale il Presidente della Giunta abbia attribuito tutto il peso che ha: sarebbe il premio di una rivoluzione che so che non avete l'intenzione di fare. Certo è che a proposito di alcune indicazioni, richiamate qui anche dal collega Canestri-

ni a proposito di programmazione — indicazioni non di fonte marxista ma tolte di peso dalla dottrina liberale — una vera programmazione deve incidere anche sui rapporti di politica sociale. Quando voi dite più equa distribuzione della ricchezza, dite qualcosa che incide sulle strutture stesse della nostra società. Detta per convinzione, o detta anche soltanto per euritmia nel contesto del periodo, quella affermazione nella relazione c'è: tenetela presente, perchè è gravida di conseguenze, di indicazione di compiti per chi fa la programmazione; bisogna andare incontro ai bisogni della popolazione, bisogna puntare all'occupazione piena, ma bisogna anche preoccuparsi della redistribuzione del reddito, bisogna particolarmente occuparsi della condizione operaia, ed intendo per condizione operaia quella di chiunque non sia alla testa di una iniziativa, ma dipenda come prestatore d'opera da una impresa.

L'interrogativo che si pone quando si enuncia una volontà di programmazione, riemerge anche per quel che riguarda il rifinanziamento del Piano Verde, per tutto il settore delle leggi agricole. Vanno d'accordo, queste leggi, con l'azione di programmazione che è stata impostata? Ho i miei dubbi. La Giunta deve darci notizie di ciò. Non importa se durante questo stesso dibattito sul bilancio, perchè mi rendo conto che non si tratta di cose che finiscano a Pasqua. Ma ho la sensazione che non sia possibile un inquadramento del Piano Verde, che è un carrozzone di leggi concepite in altri tempi e con altri criteri, teso ad accontentare tutti: credo che se vogliamo renderlo efficiente nella nostra programmazione, dovremo modificarlo, dovremo tentare di avvicinarlo ai nostri scopi, dovremo, anche usando delle nostre competenze, calibrarlo meglio. Per uscire dal vago, mi riferisco a dati che sono dell'altro giorno; nel corso di una riunione in provincia di Trento, ci è stato reso noto che in provincia

di Trento esistono vaste zone agricole che già sono state abbandonate dai contadini; i contadini, sapete, precedono spesso le conclusioni degli studiosi. Ed è stato aggiunto che anche più vaste zone sono in via di spopolamento e lo saranno completamente domani.

Domenica scorsa l'on. Helfer, nel corso dell'assemblea dell'Unione contadini, ha affermato che già ventimila ettari di terra sono stati abbandonati nella Provincia; non è uno scherzo, perchè sappiamo che si tratta di un processo in corso, che riguarderà parecchie altre decine di migliaia di ettari.

Ebbene, il Piano Verde prevede tutta una serie di interventi per le aziende agricole: li prevede anche per quelle situate in queste zone? Credo di sì; se l'Assessore mi dice di no, ne sarò lieto...

TURRINI (Assessore agricoltura e cooperazione - D.C.): Solo, eventualmente, intervenuti per la trasformazione dell'economia delle aziende e delle zone...

RAFFAELLI (P.S.I.): Quella forma di intervento non la discuto. Lo stesso discorso vale in riferimento alla legge undici, il rifinanziamento, in misura massiccia, della quale, fa sorgere l'identico interrogativo, tenute presenti le domande che ormai sono da anni giacenti. Le domande in questione, sono state compilate sulla base della programmazione, o non invece col criterio di sano empirismo? Non sarebbe serio, mi pare, un intervento massiccio di rifinanziamento per caseifici o magazzini che domani potrebbero anche non corrispondere, o contrastare, con le localizzazioni indicate...

TURRINI (Assessore agricoltura e cooperazione - D.C.): Se ne tiene conto.

RAFFAELLI (P.S.I.): Potevate dirlo in due righe di relazione. Tanto meglio. Ma so che

le sollecitazioni a fare diversamente da quanto è stabilito nei programmi, sono molte. Non ho mai fatto l'Assessore, ma so tuttavia immaginare le difficoltà di resistere alle pressioni, alle esortazioni.

Altra cosa ancora cui non viene accennato e che riguarda un impegno della Giunta regionale: che fine ha fatto, Assessore Turrini, il famoso censimento degli alberi da frutto? Siamo alla fine del 1963, nel 1964 scade la legislatura e probabilmente ci troveremo nella necessità di ripresentare, alla legislatura prossima, questa richiesta, questa mozione che pure era stata votata da quasi tutto il Consiglio. Io non sono un esperto del settore, nè voglio dar lezione ad altri, anzi son pronto a riceverne; però mi chiedo perchè questa azione di individuazione di situazioni esistenti e di trasformazione per il conseguimento di utili maggiori, non venga effettuata. Noi siamo a conoscenza dei dati, di tutti i dati, che riguardano la viticoltura, abbiamo trascurato completamente la frutticoltura. Eppure è proprio grazie alla carta vitivinicola del Trentino che oggi a San Michele, ad esempio, talune qualità di vini vengono richieste con tanta insistenza che non se ne trovano quasi mai; è grazie alla carta vitivinicola che le cantine del Trentino non conoscono più, da anni, il problema delle giacenze, nè quello delle oscillazioni dei prezzi; ed il vino del Trentino si vende bene, si vende anche fuori della Provincia, e non siamo più tributari delle esportazioni all'estero, perchè anche in Italia i vini tipici del Trentino si sono largamente affermati: merito di chi impostò e condusse la campagna di tipizzazione dei vini. Il banco della Giunta repleta di gente della Valle di Non: ed essa dovrebbe sapere in quali condizioni, ancor oggi, i frutticoltori della loro valle stanno vendendo la produzione. Non possiamo pretendere dall'agricoltore isolato, dal piccolo frutticoltore trentino od anche altoatesino, che egli

sappia di mercati, di orientamenti, di gusti, che abbia conoscenze tecniche, merceologiche, di mercato e dei mercati esteri; sono necessari viaggi, studi, consulenze, che forse soltanto i frutticoltori del ferrarese, che lavorano su scala industriale, possono permettersi. E se gli orientamenti variano, il nostro frutticoltore non lo saprà fintantochè le sue Renette non glielo tireranno nella schiena. E non vedo proprio il perchè di questo orientamento della Giunta.

Ci è stato detto di mezzi, ci è stato detto dell'ISTAS, ma la carta vitivinicola è pur stata fatta, ed è stata fatta bene, perchè c'era la volontà di farla.

Prima di chiudere, e con la riserva, che già ho annunciata, di intervenire nuovamente a completamento di questa mia esposizione sui vari argomenti del bilancio, vorrei ancora trarre una indicazione da quanto la Giunta annuncia in calce al suo programma: dalla legge, cioè, che dovrebbe agevolare i dipendenti regionali a realizzare la propria casa. State attenti a far sì che questa legge non sia congegnata così che ne possano trarre beneficio soltanto coloro che, per la posizione che occupano nell'amministrazione, potrebbero anche sostenere il peso degli alti affitti; se è possibile un provvedimento che dia la casa a tutti i dipendenti regionali, sia chiaro che non ho nulla contro gli alti gradi, e ben venga; ma se ciò non fosse possibile, bisogna far sì che i benefici vadano prima a chi maggiormente ne ha bisogno non a chi soffre, comunque, minori disagi; so che è difficile, ma bisogna farlo.

Un accenno ancora per le riserve di caccia. Quando trovo un cacciatore, o quando un cacciatore trova me, io mi metto le mani nei capelli, non ne capisco nulla, perchè si tratta veramente di un intrico di rovi e di sterpi più fitto assai di quelli in cui si nasconde la selvaggina. Mi rendo conto che se, finora, il settore

non è stato fatto regolarmente dalla Regione, ciò dipende dal terreno minato sul quale ci saremmo trovati a camminare. Ma le difficoltà non possono costituire una giustificazione degli elementi essenziali di questo problema. Non trova accenno invece alla regolamentazione del settore della pesca, anche questo però è problema che tocca la competenza primaria della Regione.

Il collega Benedetti spende parecchi milioni, nel suo Assessorato provinciale, per consulenze che gli consentono di venire incontro al cittadino nell'impiego del tempo libero, un problema questo che si presenta con urgenza sempre maggiore.

Se crediamo — ed io lo credo — di andare verso la società del benessere, avremo tutti maggior tempo libero; ed è un problema, questo, che deve essere affrontato con la massima serietà. Caccia e pesca fanno parte di questo problema. A parte il tema della consistenza del patrimonio faunistico ed ittico, c'è da considerare proprio il problema del tempo libero. Invito la Giunta a metterci mano, a fare qualcosa. In proposito, coi miei colleghi di gruppo, tornerò sull'argomento, proponendo qualcosa di concreto. Detto questo, ripeto che sarò molto grato alla Giunta se vorrà, a quelle alcune interrogazioni che ho proposto, dare una esauriente risposta.

PRESIDENTE: Dieci minuti di sospensione. Poi riprendiamo con l'intervento del cons. Marziani.

(Ore 12.30).

Ore 12.55.

PRESIDENTE: Signori consiglieri, prego prendere posto.

Alcuni consiglieri si sono assentati per assistere, a Trento, ai funerali del signor Bacchi. La parola al cons. Marziani.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.): Vorrei anzitutto premettere un giudizio sulla idea fondamentale della Giunta: abbiamo di fronte a noi una programmazione vasta, in senso organico, completa. Dirò anche che esaminiamo un fatto nuovo: una programmazione che è concepita e precisata in questi termini, ma che muove, tuttavia, da fondamenta che sono state poste negli anni precedenti. La Regione non parte, su questo terreno, dall'anno zero, come ha affermato il cons. Canestrini, ma parte sulle basi che sono state realizzate da una metodica costruzione, condotta forse in forma più empirica, con programmi più modesti, ma ugualmente fondamentali all'azione di oggi. D'altra parte sono state proprio le esperienze del passato, le iniziative che sono state attuate o tentate, che hanno costruito i presupposti per l'azione che oggi si annuncia. Gli studi *d'équipe* che hanno condotto al programma, non sarebbero stati possibile negli anni passati. Non bisogna dimenticare che i primi anni di avvio, diedero poi lo spunto a più ampi approfondimenti. Le stesse *équipes* di studio sono nate dalle esigenze, avvertite dall'amministrazione, di dover più profondamente incidere nel tessuto dell'economia della Regione. Canestrini ha lamentato che questa programmazione non sia stata fatta negli anni passati; ma io devo ricordargli che, dinanzi allo schema di sviluppo dell'economia nazionale che fu presentato dal Ministro Vanoni, e nelle cui linee ancora ci muoviamo, proprio la sua parte fu contraria, affermando che non un piano era necessario, ma la soluzione di problemi concreti.

Non si può dire, quindi, che prima di questa programmazione non c'era nulla, che siamo partiti dall'anno zero; la Regione coglie ora il frutto del lavoro tenace delle Giunte precedenti.

Una seconda osservazione dei comunisti — ma parlo a vuoto, perchè i loro banchi sono

deserti — è che una programmazione che non sia coattiva è una programmazione, che, usando il termine non eufemistico del cons. Canestrini, si autocastra. Noi, che non siamo castristi, crediamo che Canestrini abbia inteso affermare che sono validi soltanto, in materia economica, quegli interventi di pianificazione totale coattiva che sono cari a determinati sistemi politici. E' una pianificazione che si può anche fare; è una pianificazione che è in atto in parecchi paesi. E' stato detto che bisogna scegliere e decidere; ma dai dati che noi conosciamo — anche se non li abbiamo dettagliati — noi sappiamo che le conclusioni di quelle tali pianificazioni sono state e sono catastrofiche. E' stato detto — e lo abbiamo letto in questi giorni proprio sull'organo dei comunisti italiani — quali siano stati i risultati di queste iniziative; una recentissima corrispondenza — proprio di questi giorni — da Mosca, dell'« Unità » ci ha aggiornati sul fatto che la situazione politica locale è delicata, e non soltanto in dipendenza di obiettive difficoltà politiche, quanto per le lacune che sono state riscontrate nella pianificazione dell'agricoltura, del settore meccanico, di quello manifatturiero, perfino di quello industriale. Se la pianificazione che il settore comunista auspica anche per la nostra Regione vuole questo, allora possiamo ben tranquillamente riservarci il diritto di affermare queste soluzioni non consone al nostro desiderio ed ai nostri bisogni.

Noi plaudiamo al programma intelligente della Giunta, che è concepito come stimolo all'azione degli operatori dell'economia, ma con carattere assolutamente volontario; come una linea direttiva che l'amministrazione pubblica offre, ma che non deve svisare le mete fissate, come un incentivo perchè l'operatore economico segua, con le sue iniziative, i temi fondamentali proposti dall'ente pubblico. Notiamo con soddisfazione, negli studi che la Giunta re-

gionale ha fatto distribuire ad ogni consigliere, notevoli esempi: le localizzazioni industriali, gli indirizzi per il futuro dell'agricoltura, la possibilità di nuove strutture amministrative. Già abbiamo dei casi nei quali le responsabilità della Regione sono delegate alle Province, o sono affidate, per l'esercizio di determinati compiti di carattere tecnico settoriale ad organismi tecnici della Regione, che agiscono in armonia con l'Assessorato provinciale competente. Poiché non sempre è possibile un coordinamento effettivo nella realizzazione di programmi che da norma di legge regionale diventano azione di attuazione provinciale, è necessario uno studio molto accurato delle proposte di creazione di nuovi enti intermedi. Oggi esiste questa tendenza; fra la Provincia, ritenuta ente troppo vasto territorialmente, per l'assolvimento di determinati compiti, ed i Comuni, troppo angusti come superficie e deboli finanziariamente, immette un nuovo organismo che sia a metà strada fra i due. Si è coniata, per questo, la parola di comunità: comunità che raggruppi diversi comuni, o di vallata. Se questa parola ha un significato ed un senso, essa rivendica soprattutto una esigenza spirituale, piuttosto che riguardare una struttura tecnico amministrativa. Se devono sorgere le comunità, esse possono in maniera nuova all'acceleramento di un programma più vasto; ma il Presidente e la Giunta devono valiare attentamente perchè le eventuali competenze di questi enti non vengano a sovrapporsi con quelle della Regione, delle Province, dei Comuni.

Si è fatto riferimento al piano urbanistico provinciale. Desidero precisare che i comprensori in esso accennati, non prevedono la assegnazione di alcuna competenza specifica, sono visti nel senso di comunità come ho detto prima, strettamente inseriti in un tessuto che ha trama provinciale. Forse le mie preoccupazioni sono infondate; prego comunque la Giunta re-

gionale di approfondire gli studi affinché questa eventuale realizzazione non finisca per costituire un ostacolo alla politica di programmazione. Una politica di programmazione esige una maggiore fusione dei vari settori di intervento; e non sempre oggi è così. Talora alcuni settori hanno preso la mano alla stessa amministrazione. Si sono visti settori di propulsione economica, od il tema dell'apprestamento delle infrastrutture, marcare il passo, mentre invece continuava libera la marcia di altri settori, pur nobilissimi, ma nei quali solo interessi personali erano in gioco: questo sistema può facilmente far rassomigliare la Regione ad un erogatore di sussidi anzichè ente di coordinamento e propulsione. Oggi esiste una più completa fusione, una migliore coordinazione. Evidentemente è intendimento della Giunta di considerare ogni Assessorato, ogni settore, non più come organismo a se stante, ma come forza convergente alla realizzazione di un unico fine. Ciò non vuol dire che non esistano, obiettivamente, ancora alcune zone d'ombra nel cammino della nostra Regione verso il progresso economico: specialmente l'esodo continuo, ancorchè non massiccio, di popolazione da talune zone, il sistema creditizio regionale che non è efficiente, se permette, come permette, una ancor notevole emigrazione del risparmio verso altre province, la debolezza di alcune iniziative imprenditoriali che determina sensibili squilibri nel settore agricolo.

Le indicazioni programmatiche tendono all'eliminazione di queste zone d'ombra: ma anche per questo occorre un coordinamento unitario, sia in sede di previsioni dei bilanci, sia nelle realizzazioni.

Vorrei sottolineare come un programma di questo genere richiederà uno sforzo finanziario notevolissimo: la creazione di certe infrastrutture richiederà la mobilitazione di capitali che la Regione da sola non può ammanni-

re: come pensa, l'amministrazione regionale, di provvedere, di ottenere la movimentazione, intorno al suo programma, degli istituti di credito e la loro collaborazione. L'aiuto degli istituti di credito può esercitarsi in due direzioni: attraverso mutui da accordarsi alla Regione, ed attraverso il credito ai privati.

Ora, se nessun dubbio ho che gli istituti locali faranno buon viso a qualunque richiesta della Regione, qualche dubbio invece nutro per quanto riguarderà le richieste dei privati. Bisognerà operare a convincere gli enti finanziari ad essere quanto più larghi possibile in questa direzione; anche perchè — e mi riferisco ai dati della legge 949 del settore agricolo — risulta che su operazioni per oltre un miliardo, i casi di insolvenza alle scadenze sono stati soltanto 4. Ciò vuol dire che il settore imprenditoriale nostro, quando assume impegni, li onora. Il problema che si pone è che agli sforzi della Regione, possono essere poste remore dalle difficoltà finanziarie, che si palesi troppo rischioso il ricorso al credito, sia per l'eccessivo peso che per la richiesta di garanzie troppo pesanti.

Dopo queste, alcune osservazioni sul programma. Per il settore agricolo soprattutto, del quale è necessario il progresso, poichè se vogliamo il progredire della Regione, esso potrà aversi soltanto in un disegno unitario di tutti i settori dell'economia. Per quanto riguarda l'agricoltura, le analisi che ci sono state fornite, indicano quali le zone da destinarsi all'attività agricola, quali le ubicazioni ottimali delle infrastrutture agricole settoriali della cooperazione, così da dare un quadro sufficientemente completo delle linee che devono essere seguite. Mi auguro la attuazione completa di queste indicazioni, che rappresentano un notevole progresso e che sono del tutto conformi alle possibilità di realizzazione; anche se tutto quanto è programmato non potesse trovare totale attua-

zione subito, sarà possibile procedere ad una realizzazione graduale; ed in questa eventualità, vorrei che nel programma fosse data una indicazione di priorità per un certo tipo di intervento. Che i 3 o 4 settori indicati come fondamentali, fossero subordinati l'uno all'altro. Se scegliere si deve, direi di dare la preminenza al settore irriguo, per ragioni di produttività, che sono strettamente legate alla possibilità di permanenza sulla terra, di sicurezza della produzione, poichè soltanto attraverso la certezza della disponibilità d'acqua sufficiente sarà possibile specializzare le colture.

Dovrei anche sollevare — e qui chiedo venia ai colleghi se mi inoltrerò in una esposizione tecnica —, il tema di un settore che viene considerato un poco la cenerentola della nostra agricoltura; è indicato in coda, infatti, dopo la zootecnica, la viticoltura e la frutticoltura: la pataticoltura. Le direttrici dell'Assessorato regionale agricoltura a questo proposito, almeno in provincia di Trento, stabiliscono questa graduatoria. Ora può darsi che la pataticoltura meriti il ruolo di cenerentola; ma resta il fatto che è uno dei cardini basilari dell'economia agricola trentina. Lo scorso anno il Trentino ha prodotto un milione e mezzo di quintali di patate, che equivalgono, a seconda delle quotazioni, a quattro-cinque-sei miliardi per anno di introiti per l'agricoltura. Varrebbe la pena di considerare attentamente questo settore, anche per i problemi particolarissimi che esso presenta in questi ultimi tempi, per una situazione di disagio che è venuta formandosi, per le difficoltà che si delineano. In sostanza si tratta di questo: a tutti è noto che in provincia di Trento si coltiva largamente la patata da seme, riproducendola da patate importate originalmente dalla Scozia. L'obbligo di importazione dalla Scozia ci è stato praticamente imposto dalla garanzia che le patate da seme di quella provenienza erano totalmente e sicuramente prive di malat-

tie da *virus*, che portano ad una rapida degenerazione del seme stesso. In questi ultimi anni, purtroppo, le importazioni dalla Scozia hanno fatto registrare *gravi fallanze*: una malattia *fungina*, che è riscontrabile soltanto dopo la coltivazione e la raccolta. Si sono verificate *fallanze* fino al 40 per cento, con conseguenze gravi non solo economicamente, ma anche nel settore tecnico, perchè siamo venuti a trovarci in notevole deficit di semente: e la insufficienza del seme ha costretto a due ripieghi: o il taglio delle patate prima della semina, che dovrebbe avvenire invece a tubero intero, o mescolanze di patate di minor pregio con la semente scozzese.

In entrambi i casi si è avuta una notevole degenerazione dei raccolti e l'impossibilità di una rimonta negli anni successivi.

Forse il caso meriterebbe un attento studio da parte dell'Assessorato; noi abbiamo fatto qualche tentativo e qualche esperimento; s'era anche tentato, in omaggio agli orientamenti distensivi del centro sinistra, la importazione di patate da seme di provenienza polacca, d'oltre cortina dunque. Ma purtroppo si sono dimostrate altamente colpite da virus, così che le buone intenzioni politiche hanno dovuto cedere il passo e portarci alla rinuncia. Non possiamo esporci al rischio di importazioni che annullano i nostri sforzi. Bisognerebbe che la Regione conducesse gli opportuni esperimenti in zone adatte, sufficientemente attrezzate, soprattutto per quanto riguarda il controllo ed attendere ed accertare quei risultati che dai primi esperimenti che noi abbiamo condotto, sembrano possibili, affrancandoci dalla necessità, se questi risultati saranno definitivi, di ogni ricorso ad importazioni dall'estero. Modesti sarebbero i mezzi necessari, molto importante il risultato che si potrebbe conseguire. Tanto più che questi risultati andrebbero poi a vantaggio delle zone dove la patata è coltivata, che sono

notoriamente fra le più povere della Regione. La Scozia produce attualmente patate da seme: e leggevo su una rivista tecnica che, quest'anno, sono state quotate da 48 a 49 sterline il quintale. Da ottomila quindi a 8.500 lire; se i nostri contadini riuscissero a realizzare quotazioni del genere, anche richiedendo loro più attente cure, farebbero i salti mortali. In secondo luogo, voglio occuparmi della dislocazione delle strutture cooperative dell'agricoltura. Ottima idea lo studio sulla collocazione ottimale di caso da iniziarsi dei nuovi impianti che saranno realizzati; ma bisognerà stare attenti che la creazione di nuove strutture debba camminare di pari passo con le attività anche attualmente in atto: sarà possibile una consistenza pacifica? Ciò potrà essere semplice per il settore della frutticoltura, ma sarà certo più difficile e creerà notevoli perplessità per il settore dei caseifici. Abbiamo accennato ad aspetti negativi a questo riguardo, sia per fattori psicologici, derivanti dalla diffidenza dell'elemento contadino alla convergenza su strutture centralizzate, sia per le difficoltà della assunzione di nuovi oneri da parte della categoria agricola quando ancora stanno, spesso, ammortizzando oneri attuali. Se è necessario, e dove è necessario, bisognerà riformare; chiamando a raccolta tutti gli enti così che le nuove strutture siano il meno gravose possibile per le popolazioni agricole.

Un'altra osservazione: si vuole dotare il nostro paese di una migliore struttura di una certa cooperazione. La Regione ha studiato le strutture non più facendo perno su un singolo paese, ma per vallata o per zona; ed in questo caso bisognerà tener presente che andiamo alla cooperazione di secondo grado, cui non parteciperanno più, direttamente, i soci, ma che sarà costituita dalla collaborazione di enti cooperativi di primo grado. Si pone quindi il discorso della cooperazione di secondo grado, un set-

tore che oggi, almeno per la provincia di Trento, è piuttosto carente. Settore valido ed organizzato nel campo della produzione vinicola, ma negli altri si registrano forti lacune. Preghe-
rei quindi di studiare queste strutture con particolare attenzione, perchè una cooperazione di questo tipo possa essere stimolo ed incoraggiamento all'economia e perchè le eventuali iniziative e realizzazioni regionali non trufino attività ora fiorenti od usino strumenti non adatti allo scopo.

Mi riservo di intervenire ancora in altri settori nel corso della discussione articolata.

PRESIDENTE: C'è qualcuno che voglia fare un intervento di venti minuti? Non abbiamo a disposizione di più. Nessuno? Allora la seduta è tolta; si riprende domani alle 10, con gli interventi dei consiglieri Ceccon e Nicolodi.

(Ore 13.50).